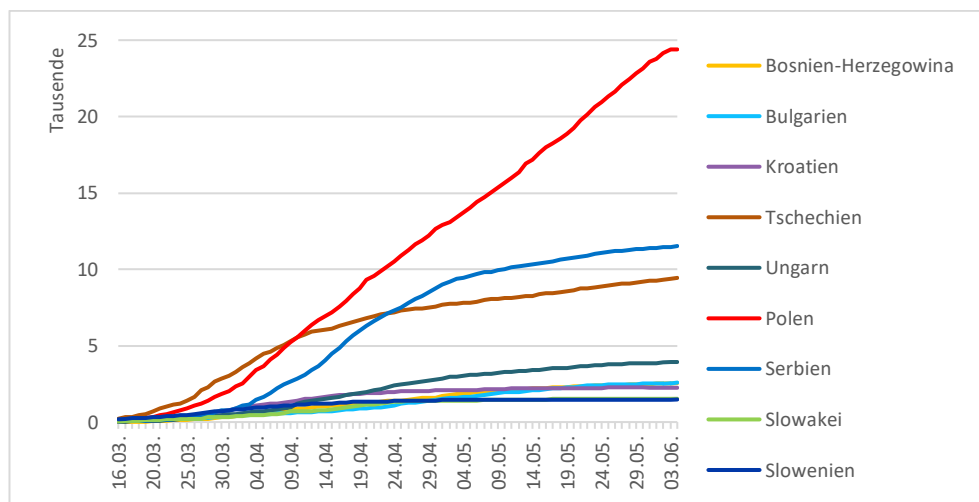


CoViD-19: Status quo

Überblick der Infektionskurven

In der Grafik ist der Verlauf der Infektionen nach Ländern bis 4. Juni 2020 abgebildet.

CoViD-19-Fälle insgesamt



Quelle: <https://data.europa.eu/>

© Eurocomm-PR

Belgrad/Serbien

Fakten

Datum des Lockdown: 15. März 2020

Datum der Aufhebung: 7. Mai 2020

Stimmung in der Bevölkerung

Der Alltag kehrt in das Leben der serbischen Bevölkerung zurück, die Maßnahmen zur Virusbekämpfung wurden weitgehend gelockert. Öffentliche Versammlungen im Freien sind ohne Beschränkung der Personenanzahl erlaubt, unter Einhaltung des Mindestabstands von einem Meter. In geschlossenen Räumen dürfen sich bis zu 500 Personen versammeln. Das Tragen von Schutzausrüstung ist in geschlossenen Räumen entweder Empfehlung oder Pflicht, abhängig davon, um welche Räume es sich handelt. Im öffentlichen Verkehr halten sich nur noch wenige BürgerInnen an die Schutzvorschriften. Die wenigsten tragen noch Schutzmasken auf den Straßen. Grundsätzlich reagiert die Bevölkerung sehr gelassen auf Empfehlungen oder auch Vorschriften zum Schutz vor CoViD-19.

Während des Ausnahmezustands hatte die Bevölkerung große Empathie mit dem medizinischen Personal gezeigt, eine Zeit lang wurde täglich um 20 Uhr über die Balkone Beifall für das Krankenpersonal gependet. Wegen der Unzufriedenheit mit den Regierungsmaßnahmen, der allgemeinen Ausgangssperre für alle BürgerInnen sowie der Unzufriedenheit mit der Regierung von Aleksandar Vučić (SNS – Serbische Fortschrittspartei), haben zahlreiche BürgerInnen wochenlang sofort nach dem Balkon-Beifall "Lärmproteste" organisiert, wozu sie Kochtöpfe und andere Haushaltsutensilien verwendeten. Die Proteste haben sich nur noch in den wenigsten Landesteilen gehalten. Zeitgleich mit diesen Protesten hat die Regierung eigene Proteste gegen die Opposition organisiert. Fußball-Hooligans und AktivistInnen der regierenden Parteien wurden trotz der Ausgangssperre mit der Organisation von Bengalfeuer-Partys auf Hausdächern in dicht besiedelten Wohngebieten beauftragt. Diese Aktion sorgte beim Großteil der Bevölkerung für Empörung.

Beurteilung des Anti-CoViD-19-Krisenmanagements

Die Beurteilung des Krisenmanagements fällt unterschiedlich aus. Während die Regierung die verhängten Schutzmaßnahmen lobt und behauptet, dass es hätte viel schlimmer ausfallen können, sieht die Opposition das anders. Ende Februar, als in Serbien noch keine Infektionen bekannt waren, haben einige Mitglieder des CoViD-19-Krisenstabs in Pressekonferenzen davon gesprochen, dass es sich um "das lächerlichste Virus aller Zeiten" handle, dass "Frauen problemlos in Italien und Mailand shoppen gehen können" und, dass "Serbinnen und Serben wegen ihrer

Genetik virusresistent sind". Auch Staatspräsident Vučić nickte bejahend zu diesen Aussagen, während er wenige Wochen später bestritt, das Virus jemals als lächerlich bezeichnet zu haben. In seinen fast täglichen Medienauftritten flößte er der Bevölkerung Angst ein, vor allem durch Aussagen wie "es wird nicht genügend Friedhöfe für alle Toten geben". Solche Aussagen wurden wie auch das komplette Krisenmanagement der Regierung und des Staatspräsidenten sowohl von der Opposition als auch von der Bevölkerung verurteilt. NGOs und BürgerInnenvereine hatten bei zuständigen Gerichten auch Initiativen zur Überprüfung der Gesetzes- und Verfassungsmäßigkeit der während des Ausnahmezustandes verhängten Gesetze eingereicht. Die Justiz befand, dass es zu keiner Verletzung der Verfassung gekommen wäre, obwohl der Ausnahmezustand ohne Absegnung des Parlaments verhängt wurde.

Das serbische Krisenmanagement hat sich weitgehend an den chinesischen Erfahrungen im Kampf gegen CoViD-19 orientiert. Chinesische ExpertInnenteams waren wochenlang in Serbien, um die Eindämmungsschritte gegen das Coronavirus zu koordinieren. Sämtliche Maßnahmen wurden in Absprache mit chinesischen ExpertInnen getroffen. Die Regierung erklärte, dass die Maßnahmen von serbischen Krisenstab-Mitgliedern empfohlen wurden und dass die Regierung lediglich Empfehlungen des Krisenstabs und der chinesischen ExpertInnen durchsetzen würde. In der Öffentlichkeit entstand allerdings der Eindruck, dass der Staatspräsident mit seinen Schritten im Kampf gegen CoViD-19 politisches Kleingeld für die Zukunft sammeln wollte.

Politische Folgen

In Belgrad hat der Ausnahmezustand einen frühen Budgetausgleich zur Folge gehabt, das städtische Budget für das laufende Jahr wurde um 19,4 Milliarden Serbische Dinar (circa 165 Millionen Euro) gekürzt. Wegen des Ausnahmezustands hat auch der Belgrader Gemeinderat bis 29. Mai 2020 nicht getagt. Derzeit gibt es keine Folgen auf städtischer Ebene, es gab keine Veränderungen in der Stadtregierung, und es gibt auch keine Ankündigungen, dass sich die politische Landschaft im Wesentlichen verändern könnte. Am 21. Juni finden Bezirkswahlen in allen 17 Belgrader Bezirken statt. Es gibt keine Einschätzungen, ob die CoViD-19-Krise Auswirkungen auf diese Wahlen haben könnte.

In Serbien mussten die Parlaments-, Provinz-, Lokal- und Bezirkswahlen wegen der CoViD-19-Pandemie von 26. April auf 21. Juni verschoben werden. Die Opposition hatte scharfe Kritik an den Handlungen des Staatspräsidenten und der serbischen Regierung während des Ausnahmezustand geübt, doch es hat keine Wechsel in der Regierung gegeben. Laut aktuellem Stand der Dinge sind keine gravierenden Veränderungen bei der kommenden Parlamentswahl zu erwarten. Der größte Teil der Opposition wird alle Wahlen boykottieren. Durch die

anhaltende Uneinigkeit in den Oppositionsreihen scheint die Chance verpasst worden zu sein, sich gegen die Regierung von Staatspräsident Aleksandar Vučić als Opposition zu profilieren.

Die CoViD-19-Krise wirkte sich aber auf die serbischen Beziehungen zur Europäischen Union (EU) aus, die über die Dauer des Ausnahmezustands sehr angespannt waren. Serbien hat sich offen China zugewandt. Chinesische Hilfslieferungen wurden in der Öffentlichkeit weitgehend gelobt und jene der EU vernachlässigt. Lediglich unabhängige Medien haben die EU-Hilfsmaßnahmen in den Vordergrund gestellt. Die von der Regierung kontrollierten Medien, inklusive des öffentlich-rechtlichen Senders RTS und die Boulevardpresse, haben allesamt China in den Mittelpunkt gerückt und gepriesen. Der von Staatspräsident Vučić geprägte Ausdruck "chinesisches Brudervolk" wurde von allen Regierungs- und StadtpolitikerInnen ohne Ausnahme übernommen und oft verwendet. Unter Regierungskontrolle stehende Boulevardzeitungen präsentierten auf angemieteten Werbeflächen die Botschaft an den chinesischen Staatspräsidenten "Danke, Bruder Xi". Erst Ende Mai, als China nicht mehr im CoViD-19-Mittelpunkt stand und sich die EU ein wenig erholt hatte, haben sich die serbischen StaatspolitikerInnen wieder der EU zugewandt. Seitdem die EU größere Spenden für Serbien auf den Weg gebracht hat und Serbien in den milliardenschweren EU-Erholungsplan aufgenommen wurde, befindet sich die Staatspolitik offiziell wieder voll auf EU-Kurs.

Ministerpräsidentin Ana Brnabić (SNS – Serbische Fortschrittspartei) hat angekündigt, dass Regierungsmitglieder für ihr Handeln während des CoViD-19-Ausnahmezustandes erst nach Beendigung zur Verantwortung gezogen werden. Unabhängige Medien bezeichneten den Minister für Arbeit, Beschäftigung, Veteranen und Soziales, Zoran Đorđević (SNS) als verantwortlich für das Vordringen des Virus in Altersheime und Sozialfürsorgeeinrichtungen. Es ist wenig wahrscheinlich, dass der Minister Konsequenzen ziehen wird, da laut Ministerpräsidentin Brnabić "das Virus in Gerontologie-Zentren in allen Ländern europa- und weltweit eingedrungen ist", und niemand deswegen abgelöst worden sein.

Nachdem die Anzahl der genesenen Personen von 5. auf 6. Juni, praktisch über Nacht, von 6.391 auf 11.056 anstieg, verdichteten sich Gerüchte über einen politischen Hintergrund bei der plötzlichen Genesung der Infizierten. EpidemiologInnen des Krisenstabs erklärten die Genesung der 4.125 PatientInnen an nur einem Tag dadurch, dass es sich um Personen handle, die in Quarantäne gewesen seien und nach 28 Tagen aus der Selbstisolation entlassen wurden. Unabhängige EpidemiologInnen und AnalytikerInnen gehen aber davon aus, dass es sich um eine politisch begründete Entscheidung gehandelt habe. Durch die niedrigere Zahl der aktiven Fälle wird die Einreise von serbischen BürgerInnen

nach Montenegro ermöglicht, wo nur StaatsbürgerInnen jener Länder mit bis zu 25 Infizierten auf 100.000 EinwohnerInnen einreisen dürfen. Die Beziehungen zwischen Serbien und Montenegro sind seit Monaten angespannt, staatliche und regierungsnahe Medien verbreiten in einer Kampagne, dass die montenegrinische Einreiseverordnung nur wegen Serbien beschlossen wurde. Außerdem wird angenommen, dass die niedrigen aktiven Fallzahlen den Anschein von Normalität vor den serbischen Wahlen am 21. Juni schaffen soll. Unabhängige EpidemiologInnen glauben, dass es bereits am 22. Juni zur Verschärfung der CoViD-19-Eindämmungsmaßnahmen kommen könnte.

Nächste Schritte

Ab 1. Juli sollen auch die ersten Kinos landesweit öffnen, die Theater bleiben noch immer geschlossen, Aufführungen finden im Freien statt. Das Ende der Pandemie wird erst dann erklärt, wenn 28 Tage hintereinander kein einziger Infektionsfall verzeichnet wird. Am 5. Juni wurden landesweit die Beschränkungen hinsichtlich der Versammlungen im öffentlichen Raum komplett aufgehoben. In geschlossenen Räumen dürfen sich bis zu 500 Personen versammeln. Die Opposition erkennt in dieser Entscheidung des Krisenstabs den Druck der Regierung, um große Wahlkampf-Kundgebungen der regierenden SNS zu ermöglichen.

Öffnung für den Tourismus

Die Regierung sowie der staatliche CoViD-19-Krisenstab haben die BürgerInnen dazu aufgerufen, auf Auslandsurlaube zu verzichten und den Sommerurlaub in Serbien zu verbringen. In diesem Sinne wurden auch 400.000 Tourismusgutscheine für gewisse Bevölkerungskategorien vorbereitet, die landesweit eingelöst werden können. Bei der Einreise nach Serbien gelten keinerlei Quarantänevorschriften oder sonstige Einschränkungen, und nach zahlreichen Lockerungen hofft die Eventindustrie auf diverse Festivals und damit auch auf AuslandstouristInnen, die nach Serbien kommen.

Die serbische Hotellerie hat drastische Verluste erlitten. Schätzungen zufolge, betragen die Verluste 300 Millionen Euro und könnten bis Jahresende sogar eine Milliarde Euro erreichen. Viele Reisebüros stehen vor der Insolvenz. Vor 15. März und der Verhängung des Ausnahmezustands bereits bezahlte Sommerurlaube können bis zum 31. Dezember 2021 genutzt werden. Eine Rückerstattung der Kosten für stornierte Urlaube kann ab 1. Jänner 2022 beantragt werden. Um Hilfe zu leisten, hat die Regierung Sonderkredite aus dem "Entwicklungsfonds" beschlossen, die von Reise- und Verkehrsbüros sowie GastwirtInnen in Anspruch genommen werden können.

Serbische StaatsbürgerInnen dürfen ohne Quarantänebeschränkungen nach Ungarn, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien und Griechenland reisen. Griechenland

ist die beliebteste Destination unter serbischen TouristInnen, und es ist anzunehmen, dass viele Serbinnen und Serben auch im kommenden Sommer nach Griechenland reisen werden, allerdings in kleinerem Ausmaß als üblich. Derzeit blicken viele UrlauberInnen in Richtung Nordmazedonien, wo wegen des Fallzahlen-Anstiegs wieder strengere Maßnahmen eingeführt werden. Nordmazedonien ist für die Mehrheit der serbischen UrlauberInnen das Transitland, um nach Griechenland zu kommen. Deswegen hofft man auf die baldige Öffnung der nordmazedonischen Grenzen für serbische UrlauberInnen.

Eine Umfrage auf dem Internetportal N1info.com zeigte, dass 36 Prozent der Befragten auf jeden Fall im Ausland Urlaub machen wollen. 14 Prozent haben noch keine Entscheidung getroffen. Andere Befragte möchten entweder Urlaub in Serbien machen oder in diesem Jahr völlig auf den Urlaub verzichten.

Zahlreiche serbische BürgerInnen machen Urlaub in Montenegro oder haben gar Immobilien in diesem Land. Montenegro hat die Einreise für StaatsbürgerInnen jener Länder, die bis zu 25 Infizierte bei 100.000 EinwohnerInnen haben, erlaubt. Nach der plötzlichen drastischen Senkung der Infektionsfälle durch die serbischen Behörden vom 5. Juni 2020, haben die montenegrinischen Behörden mitgeteilt, sie würden Serbien um zusätzliche Erklärungen bezüglich der Fallzahlen ersuchen, ehe sie Serbien auf die "grüne Liste" setzen.

Partei

SNS: Serbische Fortschrittspartei (Mitte-rechts)

Quellen

N1.info (Internetportal, <http://rs.n1info.com>)

Nova.rs (Internetportal, <https://nova.rs>)

B92.net (Internetportal, www.b92.net)

Danas.rs (Internetzeitung, www.danas.rs)

RTS.rs (Internetportal, www.rts.rs)

Bratislava/Slowakei

Fakten

"Sondersituation"* für das ganze Land von Regierung verhängt: 12. März 2020

Datum des Lockdowns: 13. März 2020

Ausrufung Notstand für Gesundheitswesen von Regierung von Peter Pellegrini (SMER-SD – Richtung-Sozialdemokraten): 15. März 2020

Erweiterung Notstand auf Sozialeinrichtungen von der neuen Regierung von Igor

Matovič (OĽaNO Gewöhnliche Menschen und unabhängige Persönlichkeiten): 27. März 2020

Nach 90 Tagen Ablauf des Notstandes. Ursprünglich hatte der Premierminister Igor Matovič vor, den Notstand neu auszurufen. Viele RechtsexpertInnen hielten diesen Schritt für verfassungswidrig. Die Regierungskoalitionsparteien sprachen sich gegen die Verlängerung des Notstands aus, da die epidemiologische Situation im Land gut sei.

* Hauptziel der "Sondersituation" war, dass die HerstellerInnen von medizinischem Material gezwungen werden können, ihre Produkte an den Staat zu verkaufen. Ebenso konnte der Export bestimmter Güter verboten werden. Außerdem konnte der Staat öffentliche Aufträge ohne die üblichen Ausschreibungserfordernisse erteilen.

Stimmung in der Bevölkerung

Das Bedrohungsgefühl der slowakischen BürgerInnen wegen der Coronavirus-Epidemie ließ wieder nach. Der Wunsch nach einer Rückkehr zur Normalität nimmt stark zu. Dies zeigen die aktuellen Ergebnisse der Umfrage, die in Zusammenarbeit des Forschungsunternehmens MNFORCE, der Kommunikationsagentur "Seesame" und der Slowakischen Akademie der Wissenschaften vom 25. bis 28. Mai 2020 durchgeführt wurde. Seit März 2020 wird die Stimmungslage in Bezug auf die Corona-Situation jeden Monat untersucht. Die aktuelle Umfrage zeigt, dass 15,7 Prozent der Befragten noch zu Beginn der Einführung der Corona-Maßnahmen im März Beschäftigung hatten. Aktuell sind sie entweder bereits arbeitslos oder befinden sich in einer Kündigungsfrist. Außerdem ergab die Mai-Umfrage, dass die meisten Befragten weiterhin den Schutzmaßnahmen folgen. Sie verringern ihre sozialen Kontakte und tragen den Mund-Nasen-Schutz außerhalb ihrer Häuser.

Das Leben in Bratislava kehrt fast vollständig zur Normalität zurück. Der Mund-Nase-Schutz wird im Freien zum Großteil weiterhin durch ältere Menschen getragen. Der öffentliche Verkehr fährt im Sommerferienplan. Nach dreimonatiger Zwangspause startet das Slowakische Nationaltheater in Bratislava mit der ersten Vorstellung am 18. Juni.

Beurteilung des Anti-CoViD-19-Krisenmanagements

Aus der aktuellen Umfrage geht auch hervor, dass die Zufriedenheit der Gesellschaft mit der Arbeit der Regierung, die zu Beginn der Corona-Krise noch bei 62,3 Prozent lag, im April um 10 Prozent auf 53,4 Prozent sank. 45,2 Prozent zeigen sich sehr oder eher zufrieden mit den Corona-Maßnahmen der Regierung. Bei den zufriedenen Befragten geht es vor allem um Personen, die ein großes Vertrauen in die wissenschaftlichen Institutionen haben. Kritischer bewerten die Corona-Maßnahmen der Regierung diejenigen, die eine schnellere Rückkehr zur Normalität wollen sowie ältere Befragte. Laut SoziologInnen ist die zunehmende Kritik an der Regierung und dem Premierminister für ein äußerst vorsichtiges Handeln bei der Lockerung der Maßnahmen nachvollziehbar und verständlich. Eine weitere Verlängerung der bisher dreimonatigen Einschränkungen bei fast keinen neuen CoViD-19-Fällen würde wahrscheinlich als Eingriff in die persönliche Freiheit der BürgerInnen angesehen werden.

Letzten Samstag, am 6. Juni fand eine Protestveranstaltung gegen die Maßnahmen der slowakischen Regierung zur Eindämmung des Coronavirus in Bratislava statt. Je nach Quelle hatten sich an dem Protest zwischen 400 und 1.500 Menschen vor dem Gebäude des Regierungsamts versammelt. Die VeranstalterInnen der Demonstration werden nun von der Polizei verdächtigt, gegen die aktuellen Corona-Verordnungen verstoßen zu haben. Denn noch bis 10. Juni sind öffentliche Versammlungen nur bis zu 500 Menschen gestattet. Die Privatpersonen könnten für den Verstoß gegen die Corona-Regelungen mit bis zu 1.650 Euro bestraft werden. Den Unternehmen drohten Strafen von bis zu 20.000 Euro.

In Bezug auf die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Einnahmen beschloss das Parlament des Selbstverwaltungskreises Bratislava am 29. Mai die Ausgaben für Kultur, Sport, Jugend und Tourismus um 1,2 Millionen Euro zu kürzen. Diese Entscheidung sorgte für eine heftige Kritik seitens SchriftstellerInnen, MusikerInnen und FestivalveranstalterInnen.

Die slowakischen Umweltorganisationen und -initiativen erarbeiteten Vorschläge für einen umweltfreundlichen Neustart der slowakischen Wirtschaft nach der Corona-Krise. Die Vorschläge, die bereits am 7. Juni an die Regierung geschickt wurden, decken die vier Bereiche Energie, thermische Gebäudesanierung, Bewirtschaftung der Wasserressourcen und Landwirtschaft ab. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sehen beispielsweise die Erhöhung der Sanierungsrate von Gebäuden auf drei Prozent pro Jahr, die Reduzierung des Energieverbrauchs in Familienhäusern, die Errichtung kleiner Stauseen und Teiche sowie die Sammlung und Nutzung von Regenwasser vor. Weitere Forderungen betreffen die Erarbeitung eines Plans zur Reduzierung des Kohleverbrauchs, die

Unterstützung eines sorgfältigen Naturmanagements sowie einer ökologischen Tierproduktion.

Politische Folgen

Am 6. Juni 2020 stellte die Präsidentin Zuzana Čaputová (parteilos) ihren ersten Bericht zur Lage des Staates vor. Ein wesentlicher Teil ihrer Rede widmete Čaputová dem Verlauf der Coronavirus-Epidemie. Sie wies auf die vorbildliche Disziplin der Bevölkerung bei der Umsetzung der Corona-Maßnahmen hin. Ihrer Meinung nach habe die vorherige sowie die aktuelle Regierung zur richtigen Zeit die richtigen Entscheidungen getroffen. Was wiederum dazu beigetragen hat, dass die Slowakei im Vergleich zu ihren Nachbarländern die wenigsten CoViD-19-Todesfälle verzeichnet hat. Laut Čaputová hob die Epidemie kompromisslos die Probleme des Staates hervor, darunter das marode Gesundheitssystem, Bürokratie und die einseitige Wirtschaftsausrichtung. Die neue Regierung habe nun die Chance, die Hilfe der EU zu nutzen, um die Slowakei zu stärken und voranzubringen. Die Förderprogramme sollten fehlerfrei und ohne Korruption genutzt werden. Bei der Gesetzgebung sollte es nicht mehr zu grundlosen Eilverfahren kommen. Außerdem appellierte sie an die Parlamentsabgeordneten: "Kehren wir nicht zum Zustand vor der Epidemie zurück." Ihr zufolge war die Gesellschaft vor den Parlamentswahlen im Februar 2020 stark gespalten. Außerdem sei laut Čaputová eine konstruktive und fachliche Debatte statt politischer Einflussnahme gefragt.

Heute, 10. Juni gab der ehemalige Premierminister Peter Pellegrini bekannt, dass er nach 20 Jahren die Partei "Richtung-Sozialdemokratie" (SMER-SD) verlassen wird und eine neue Partei gründen will. Die letzten Ergebnisse der Umfrage der Agentur "Focus" zur politischen Stimmungslage vom Mai 2020 zeigten, dass eine neue Partei von Pellegrini mit 21,4 Prozent direkt hinter der Partei OĽaNO des amtierenden Premierministers Igor Matovič landen würde. Die OĽaNO lag damals bei 21,8 Prozent. Die drittstärkste Partei war die Partei von Robert Fico SMER-SD mit 9,6 Prozent. Pellegrini hatte in der SMER-SD viele UnterstützerInnen, die der Meinung waren, dass die Partei einen neuen Vorsitzenden benötigt. BürgerInnen haben eine rasche Ergreifung von Maßnahmen durch die Regierung von Pellegrini am Anfang der Epidemie sehr positiv bewertet.

Nächste Schritte

Der Gesundheitsbereich bereitet sich mit einer Änderung des Gesetzes über Gesundheitsfürsorge-Anbieter auf die zweite Welle des Coronavirus vor. Während der Notlage infolge des Coronavirus können in der Slowakei epidemiologische Arztpraxen für Covid-19-PatientInnen entstehen. Das Gesetz reguliert die Einrichtung von mobilen Probeentnahmestellen, damit diese nicht unkontrolliert entstehen. Die Gesetzesnovelle ermöglicht in Krisensituationen den Bürgerinnen

aus Drittländern ein befristetes Praktikum in der Slowakei zu absolvieren. Außerdem ermöglicht es die Fernbehandlung durch Online-Sprechstunden. Die Gesetzesänderung wurde im Mai in einem verkürzten Verfahren verabschiedet.

Im Rahmen der Vorbereitungen auf eine mögliche zweite Epidemie-Welle wurde im Selbstverwaltungskreis Nitra eine Arbeitsgruppe zur Bewältigung der Corona-Krise eingerichtet. In den Aufgabenbereich der Arbeitsgruppe fallen unter anderem die Anschaffung der Schutzausrüstung und Desinfektionsmittel und die Erstellung eines Handlungsplans für verschiedene Institutionen in der Region. Von Gesundheitsdienstleistern über soziale Einrichtungen, Kultur- und Schuleinrichtungen bis hin zum öffentlichen Verkehrsbereich. Ähnliche Arbeitsgruppen wurden bereits im Mai auf die Initiative der Stadt Bratislava in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium eingerichtet. Die Coronavirus-Arbeitsgruppen am Gesundheitsministerium setzen sich aus VertreterInnen des Gesundheitsministeriums, des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Familie, des Amtes für öffentliche Gesundheit sowie der Hauptstadt zusammen und werden sich auf den Schutz älterer Menschen und Obdachloser konzentrieren.

Öffnung für den Tourismus

Ab heute, 10. Juni können die Besucherinnen aus 16 weiteren europäischen Ländern - Deutschland, Liechtenstein, der Schweiz, Slowenien, Kroatien, Bulgarien, Griechenland, Zypern, Malta, Estland, Litauen, Lettland, Finnland, Norwegen, Dänemark und Island - ohne Quarantänepflicht in die Slowakei einreisen. Zugleich wird der Betrieb aller Verkehrsverbindungen wieder aufgenommen. Die Grenze zu Tschechien wurden am 4. Juni wieder geöffnet. Seit 5. Juni ist die Grenze zu Österreich und Ungarn eröffnet. Am 5. Juni wurde die Radfahrerbrücke wiedereröffnet, die die Slowakei mit Österreich verbindet.

Die Slowakinnen und Slowaken haben immer noch Angst wegen dem Coronavirus ins Ausland zu reisen. Die Ergebnisse einer Umfrage der Agentur "Median" vom 8. Juni zeigten, dass 61 Prozent der BürgerInnen planen, ihren Sommerurlaub heuer in der Heimat zu verbringen. Der Umfrage zufolge hatte die Hälfte der Befragten vor der Krise einen Urlaub am Meer gebucht. Jetzt wollen nur noch 8 Prozent der Befragten diesen gebuchten Urlaub absolvieren. Ein Viertel der Befragten will ihre Urlaubspläne entsprechend der aktuellen epidemiologischen Situation anpassen. Die bevorzugten Urlaubsorte sind Tatra, Region Liptov und Orava in der Westslowakei.

Seit 3. Juni dürfen Schwimmbäder, Hotel pools und Wellnesscenter wieder öffnen. Laut dem Slowakischen Tourismusverband (ZCR) wurde die Lockerung der Maßnahmen spät und ohne Vorbereitung konkreter betrieblicher Hygienevorschriften mitgeteilt. Zur Unterstützung der Tourismusbranche legte der Slowakische Tourismusverband der Regierung verschiedene Neustart-

Empfehlungen vor, beispielsweise die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Gastronomiedienstleistungen, Erholungsgutscheine für BürgerInnen, flexible Inanspruchnahme von Finanzunterstützung durch Tourismusorganisationen und koordinierte Eröffnung der Grenzen zu den Nachbarländern. Den Schätzungen des ZCR zufolge wird sich die Tourismusbranche in der Slowakei nicht früher als 2022 wieder vollständig erholen können.

Parteien

OLaNO: Gewöhnliche Menschen und unabhängige Persönlichkeiten (Mitte-rechts)
SaS: Freiheit und Solidarität (rechts)
SMER-SD: Richtung-Sozialdemokratie (links)

Quellen

Teraz.sk (Onlineportal der staatlichen slowakischen Presseagentur TASR, www.teraz.sk)
Sme.sk (Onlineportal der Tageszeitung SME, <https://sme.sk/>)
Pravda.sk (Onlineportal der Tageszeitung Pravda, www.pravda.sk)
Aktuality.sk (Online Tageszeitung, www.aktuality.sk)
Staatliche Themenseite zum Coronavirus (www.korona.gov.sk)
Bratislava.dnes24.sk (Nachrichtenportal, www.bratislava.dnes24.sk)
Website der Stadt Bratislava (www.bratislava.sk)
Webseite von dem Tourismus Verband Slowakischer Republik (www.zcrsr.sk)
Nachrichtenportal von TV Markíza (www.tvnoviny.sk)

Budapest/Ungarn

Fakten

Ausrufung „Gefahrenlage“ durch ungarische Regierung: 11. März 2020

Voraussichtliche Aufhebung des Notstandes: 20. Juni 2020

Datum des Lockdown: 28. März 2020

Datum der Aufhebung außerhalb von Budapest und Komitat Pest: 4. Mai 2020

Datum der Aufhebung in Budapest und Komitat Pest: 18. Mai 2020

Stimmung in der Bevölkerung

Die Stimmung der Bevölkerung ist sowohl in Budapest als auch am Land weiterhin stark von der CoViD-19-Pandemie geprägt. Die Lage ist allerdings erheblich ruhiger geworden, seitdem die Ausgangsbeschränkungen aufgehoben und Maßnahmenlockerungen durchgeführt worden sind. Die Maßnahmen wurden in ländlichen Gebieten früher aufgehoben als in der Hauptstadt. In diesen zwei Wochen war die Stimmung durch Lockerungen am Land und dem Lockdown in Budapest geprägt. Dies hat zu Spannungen geführt, mit der Aufhebung der Beschränkungen in Budapest hat sich die Lage allerdings relativ schnell beruhigt. Die Menschen halten die Gesundheitsvorschriften ein, auf den Abstand von 1,5 Meter wird, wo möglich, geachtet, und Mund-Nasen-Schutz wird in den öffentlichen Verkehrsmitteln und Geschäften grundsätzlich diszipliniert getragen. Vor allem in den ländlichen Gebieten des Landes ist die Anspannung durch die CoViD-19-Pandemie weniger spürbar.

Beurteilung des Anti-CoViD-19-Krisenmanagements

Der Großteil der ungarischen Bevölkerung ist mit den Vorkehrungen der Regierung zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus zufrieden. Der Großteil der Bevölkerung bevorzugt, ungeachtet ihrer politischen Überzeugung, die Aufhebung der Notstandsregelung in Ungarn.

Umfragen besagen, dass 78 Prozent der UngarInnen die Ausrufung der Gefahrenlage und die Verlängerung dessen für einen völlig gerechtfertigten Schritt seitens der Regierung gehalten haben. 70 Prozent der Menschen in der traditionell kritischen Hauptstadt waren ebenfalls zufrieden mit den Maßnahmen der Regierung.

Das auch oft kritisierte ungarische Gesundheitssystem hat in den Umfragen sogar besser abgeschnitten als die Regierung: Die Daten spiegeln ein sehr starkes Vertrauen der Öffentlichkeit wider. Auch bezüglich der Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer, die die Umstellung auf digitalen Unterricht unter diesen Umständen relativ reibungslos abgewickelt haben, herrschte eine hohe Zufriedenheit.

Mit der Arbeit des "Operativen Stabes" waren auch 70 Prozent der befragten UngarInnen zufrieden. Die Opposition hat allerdings schlechter abgeschnitten: Lediglich 25 Prozent der wahlberechtigten BürgerInnen meinen, dass die Opposition ihren Aufgaben ordnungsgemäß nachgekommen ist. Laut der Umfrage des Meinungsforschungsinstituts "Nézőpont" war allerdings die Mehrheit (62 Prozent) mit der Verabschiedung des umstrittenen Notstandsgesetzes, demzufolge die Regierung eine Reihe Sonderbefugnisse auf unbestimmte Zeit vom Parlament erhalten hat, nicht einverstanden. Sogar fast 40 Prozent der eigenen WählerInnen der Regierungspartei waren dagegen, dass die Regierung die Sonderbefugnisse auf unbestimmte Zeit bekommen hat.

Die Regierung hat die Ausgangsbeschränkungen mit 4. Mai für die ländlichen Gebiete aufgehoben.

KritikerInnen haben der Regierung vorgeworfen, den Gegensatz zwischen der Hauptstadt und dem übrigen Land weiter geschürt zu haben. Laut einigen kritischen Stimmen wurde Budapest mit der Verlängerung der Ausgangsbeschränkung in der Hauptstadt für die oppositionelle Stadtführung "bestraft". Der Premier hat aber angekündigt, dass die Hauptstadt bei den Lockerungen dem restlichen Land immer mit einer Verzögerung von zwei Wochen folgen wird. Tatsächlich wurden die Ausgangsbeschränkungen in Budapest genau zwei Wochen später, am 18. Mai aufgehoben. Die StadtbewohnerInnen waren spürbar erleichtert.

Politische Folgen

Die ungarische Regierung konnte während der Corona-Krise ihre Position grundsätzlich stärken. Für das Krisenmanagement war in erster Linie die Regierung zuständig, die Stadtführung hatte zu wenig Mittel in der Hand. Die CoViD-19-Pandemie hat die Popularität der rechtsnationalen Regierungspartei Ungarns nur verstärkt, Verlierer der außerordentlichen Situation ist eindeutig die Opposition.

Das so genannte "Notstandsgesetz" der Regierung wurde am 30. März 2020 mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit vom Parlament verabschiedet. Eine Woche davor war die Abstimmung über das Gesetz noch gescheitert, da die Opposition das nötige Vier-Fünftel-Mehrheit für ein beschleunigtes Verfahren verhindert hatte. Die Opposition hatte zwar ihr Einverständnis zu dem Notstandsgesetz signalisiert, für ihre Zustimmung allerdings Bedingungen gestellt. Diese Einwände der Opposition wurden jedoch von der Regierung nicht beachtet.

Das neue Gesetz wurde von allen Seiten scharf kritisiert, da es Premier Viktor Orbán (Fidesz – Bund Junger Demokraten) mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet hat und der Regierung keine zeitliche Begrenzung für das Regieren

per Dekret ermöglicht hat. So war es auch möglich, bestimmte Gesetze per Dekret auszusetzen, feste Vorgaben nicht einzuhalten sowie "außergewöhnliche Maßnahmen" einzuführen. Auch das Strafgesetzbuch wurde geändert, für Verstöße gegen Quarantänebestimmungen können lange Haftstrafen verhängt werden, für die Verbreitung von "Fake News" setzt es Gefängnisstrafen.

KritikerInnen fürchteten, dass dies die Meinungsfreiheit und die Arbeit von JournalistInnen erschweren könnte. Vor allem das Fehlen einer zeitlichen Befristung des Notstandes sorgte sowohl im In- als auch im Ausland für heftige Kritik. Die ungarische Opposition, Europaabgeordnete, MenschenrechtlerInnen sowie zahlreiche zivile Organisationen kritisierten das Gesetz scharf, weil sie darin eine Aushöhlung der Demokratie in Ungarn sahen und warfen dem Premier vor, die Pandemie nur als Vorwand zu nutzen, um die Machtstellung seiner nationalkonservativen Regierung noch weiter auszubauen.

Der Gesetzesentwurf über die Aufhebung der "Gefahrenlage" und über die Rückgabe der Notstandbefugnisse des Premiers wurden am Dienstag, dem 26. Mai, dem Parlament vorgelegt. Sie werden voraussichtlich in den nächsten Tagen verabschiedet. Laut einer Umfrage wären 66 Prozent der wahlberechtigten UngarInnen für die Aufhebung der temporären Notstandsregelung. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, wird die "Gefahrenlage" in Ungarn am 20. Juni aufgehoben.

Laut einer Umfrage des Instituts "Nézópont" vom Mai würde bei einem Sonntagswahl 54 Prozent der Wahlberechtigten für die Regierungspartei stimmen, während von 38 Prozent der Befragten die Opposition bevorzugt wird. Die Regierung will die zunehmende Beliebtheit auch ausnutzen und will einen Fragebogen an Millionen von wahlberechtigten UngarInnen versenden, um über das Coronavirus und über dessen wirtschaftlichen Folgen "die BürgerInnen zu befragen".

Die Menschen werden in 13 Fragen vor allem über das Coronavirus, über den Neustart der Wirtschaft und über den "Soros-Plan" befragt. Die so genannte "nationale Konsultation" ist eine Art politische Umfrage, die von der zweiten Orbán-Regierung ab 2010 initiiert wurde. Es geht um geschlossene Fragen, die laut den kritischen Stimmen eher als eine Art politische Kampagne eingesetzt werden.

Die Spannung zwischen der Regierung und der im Oktober 2019 gewählten neuen oppositionellen Budapester Stadtführung hat sich im Zuge der Pandemie verschärft. Oberbürgermeister Gergely Karácsony (Párbeszéd – Dialog) hat sich laufend über die mangelhafte Kommunikation der Regierung beschwert, da die genauen Infektionsdaten für Budapest bis 18. Mai nicht veröffentlicht wurden. Die Zahlen wurden, vor allem wegen der geplanten Wiedereröffnung der Stadt,

dringend benötigt. Außerdem lief mehrere Wochen lang eine heftige Diskussion zwischen der Regierung und der Stadtverwaltung über die Erkrankungen in den PensionistInnenheimen. Gegenseitige Schuldzuweisungen über die Verantwortung dafür waren die Folge.

Nächste Schritte

Das Gesetz über die Aufhebung des Notstandes liegt zurzeit dem Parlament vor, die Aufhebung der temporären Notstandsregelung wird voraussichtlich ab dem 20. Juni gelten. Das Leben kehrt langsam zur Normalität zurück, ab Mitte Juni können voraussichtlich als letzte Phase der Maßnahmenlockerungen die Museen, Theater und die Kinos ebenfalls aufsperrern, wobei Großveranstaltungen und Festivals weiterhin verboten sind.

Die Hauptstadt führt das am 13. Mai veröffentlichte Programm "Budapest Restart" durch, das eine 7+1-Punkte-Strategie zur Wiedereröffnung beinhaltet. Die Regierung setzt die wirtschaftlichen Maßnahmen fort, und es werden laufend neue Programme für die Unterstützung von KMUs ausgearbeitet. Beispielsweise das am 9. Juni gestartete Kreditprogramm, das ein Volumen von rund 137 Milliarden Forint (397,101 Millionen Euro) hat. Die betroffenen KMU können im Rahmen des Programms Kredite mit Null-Prozent-Zinssatz beantragen. 50 Prozent der Förderung muss für Investitionszwecke, 50 Prozent zur Finanzierung der Liquidität und des Betriebes ausgegeben werden. Fast alle Unternehmen können sich für das Programm melden, deren Sitz oder Standort sich in Ungarn befindet und von der Größe her maximal als mittlere Unternehmen gelten.

In finanziellen Fragen herrscht weiterhin Uneinigkeit zwischen der Regierung und der Hauptstadt. Da viele Ressourcen von den Verwaltungen, darunter 40 Prozent der Kraftfahrzeugsteuer, die eine der wichtigsten Einnahmequellen der Verwaltungen ist, unter Berufung auf die Bekämpfung des Coronavirus entzogen wurden, sind Städte mit Liquiditätsproblemen konfrontiert.

Die Regierung hat den Budgetentwurf für das Jahr 2021 dem Parlament vorgelegt. Aus den Dokumenten geht hervor, dass die Regierung bis 2024 mit der Kraftfahrzeugsteuer rechnet und es geplant ist, die Einhebung der Steuer den Verwaltungen zu entziehen. Außerdem hat die Regierung die Summe des "Solidaritätsbeitrags", einer Abgabe, die die Verwaltungen in die Staatskasse bezahlen müssen, vervierfacht.

Die finanzielle Situation der Verwaltungen wird durch die Aufhebung der Kurzparkzonen durch die Regierung, die bis 1. Juli gilt, erschwert. Laut einer Verordnung vom 17. April kann die Regierung ebenfalls auf der Grundlage der durch das Virus verursachten Notsituation per Dekret so genannte "Sonderwirtschaftszonen" errichten. Die Befugnis der Verwaltungen solcher

Gebiete, eine lokale Steuer auszusetzen, wird abgeschafft und wird von den Komitatsräten übernommen. Unmittelbar nach der neuen Regelung erklärte die Regierung das Samsung-Werk in Göd, eine von der Opposition geführten Stadt im Komitat Pest, zu einer Sonderwirtschaftszone.

Öffnung für den Tourismus

Gemäß einer Regierungsverordnung vom 6. Juni können österreichische, tschechische, deutsche und slowakische StaatsbürgerInnen ohne Beschränkungen (weder Test noch Quarantänepflicht) nach Ungarn einreisen. Seit 5. Juni hat Ungarn die Grenzkontrollen zu Österreich und zur Slowakei komplett beendet und den Vorkrisenzustand hergestellt. Zwischen Serbien und Ungarn wurden die Reisebeschränkungen bereits am 25. Mai, zwischen Slowenien und Ungarn am 28. Mai aufgehoben. Kroatische und ungarische StaatsbürgerInnen werden zwischen ihren Ländern ab Freitag, dem 12. Juni, ebenfalls ohne Einschränkungen reisen dürfen. Im Falle von Einreisen aus anderen Ländern gilt weiterhin die Quarantänepflicht von 14 Tagen. Laut einer Umfrage der Ungarischen Tourismusagentur (MTÜ) vom Mai wollen UngarInnen in diesem Jahr eher zu inländischen Zielen reisen. 36 Prozent der Befragten gaben an, Reisen innerhalb Ungarns zu planen, während nur 15 Prozent ihren Urlaub im Ausland verbringen wollen. 43 Prozent haben ihre für dieses Jahr geplanten Reisen abgesagt. Laut den Umfrageergebnissen habe die Epidemie bei den Reisenden "Unsicherheit und Angst" erzeugt. Dem Bericht zufolge ist der Plattensee weiterhin das beliebteste Inlandsziel. Sowohl der Staat als auch Budapest haben eine touristische Werbekampagne gestartet.

Parteien

Fidesz: Bund Junger Demokraten (nationalkonservativ)
Párbeszéd: Dialog (Mitte-links)

Quellen

koronavirus.gov.hu (Offizielle Website der Regierung für Coronavirus, www.koronavirus.gov.hu)
koronavirus.budapest.hu (Offizielle Website der Hauptstadt Budapest für Coronavirus, www.koronavirus.budapest.hu)
index.hu (Nachrichtenportal, www.index.hu)
444.hu (Nachrichtenportal, www.444.hu)
magyarnemzet.hu (Nachrichtenportal, www.magyarnemzet.hu)
portfolio.hu (Nachrichtenportal, www.portfolio.hu)
budapest.hu (Offizielle Website der Hauptstadt Budapest, www.budapest.hu)
kormany.hu (Offizielle Website der Regierung, www.kormany.hu)

Krakau/Polen

Fakten

Einführung des Epidemie-Zustandes (Lockdown): 11. März 2020

Beginn der Aufhebung der Corona-Maßnahmen: 20. April 2020

4. Etappe der Lockerungen: seit 30. Mai 2020

Stimmung in der Bevölkerung

Die Beschränkungen wurden am 11. März 2020 – relativ schnell nach dem ersten CoViD-19 Todesfall am 4. März 2020 – eingeführt. Sie umfassten einen großen Bereich des beruflichen und privaten Lebens der BürgerInnen. Viele Verbote, besonders das Verbot, die Wälder zu betreten, riefen negative Kommentare hervor. Andere Verbote stießen auf Verständnis, weil sie nach Meinung vieler notwendig waren, um das schwache Gesundheitssystem in Polen nicht zu überlasten. Mitte März 2020 war die Hälfte der BürgerInnen nach der Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes CBOS, der Meinung, dass das Gesundheitswesen für die CoViD-19-Epidemie nicht ausreichend vorbereitet ist. Zwei Drittel befürchteten, trotz Einhaltung der Vorbeugungsmaßnahmen, krank zu werden. 70 Prozent befürchteten eine Verschlechterung ihrer materiellen Situation. 82 Prozent hielten sich an die Verbote des Lockdowns. Derzeit ist nach der Aufhebung der Bewegungseinschränkungen und schrittweisen Lockerung der Verbote die Stimmung in der Bevölkerung eher optimistisch. Viele behaupten, dass sie die Erkrankung wahrscheinlich ohne Symptome besiegt haben. Die Daten sind aber bei weitem nicht so gut: In Polen gibt es derzeit über 12.000 aktive CoViD-19-Fälle mit einer steigenden Tendenz. Ein Hotspot der Epidemie sind die schlesischen Bergbaubetriebe. Zwölf von ihnen wurden am 9. Juni 2020 für drei Wochen geschlossen. Die Bevölkerung glaubt begrenzt an die Richtigkeit der Epidemiedaten, die von der Regierung präsentiert werden. 69 Prozent sind der Meinung, dass die Daten aus politischen Gründen manipuliert werden. Die Stimmung in der Stadt Krakau spiegelt die Stimmung im Land wider.

Beurteilung des Anti-CoViD-19-Krisenmanagements

Polen spürt schmerzhaft die wirtschaftlichen Auswirkungen infolge der Corona-Pandemie, einschließlich der tiefen Rezession und der hohen Arbeitslosigkeit, die sogar ein zweistelliges Niveau erreichen könnte. Die aktuellsten Daten sind nicht verfügbar. Die Regierung entschloss sich, dem Zusammenbruch entgegenzuwirken, indem sie Anfang April 2020 wirtschaftliche Maßnahmen im Wert von insgesamt 300 Milliarden Polnischen Złoty (circa 66,7 Milliarden Euro) zusammengestellt hat. Der "Antikrisenschild" traf auf unterschiedliche Reaktionen. Die Unternehmerverbände wiesen auf die komplizierten Vorschriften und zahlreichen Einschränkungen hin, die die Unterstützung verzögern würden.

Kritisiert wurde auch, dass die Unterstützung für Kleinstfirmen ins Zentrum gerückt wurde und kleine, mittlere und größere Unternehmen übergangen wurden. Im April wurden noch weitere Hilfspakete für die Wirtschaft im Wert von weiteren 100 Milliarden Polnischen Złoty (circa 22,2 Milliarden Euro) ausgearbeitet. Aus der Umfrage des ArbeitgeberInnenverbandes "Lewiatan", die Anfang Mai 2020 durchgeführt wurde, geht hervor, dass 37 Prozent der AntragstellerInnen sich über unklare Vorschriften beschwerten und 30 Prozent kritisierten die lange Wartezeit auf die Entscheidung und dann die Überweisung. Laut Tageszeitung "Rzeczpospolita" müssen die UnternehmerInnen in Zukunft mit intensiven Kontrollen der Sozialversicherungsanstalt und des Finanzamtes rechnen. Geprüft werden soll, ob der Umsatz nicht künstlich klein gemacht worden ist, um die Staatshilfe beantragen zu können. Die Behörden haben fünf Jahre für die Kontrollmaßnahmen.

Die wirtschaftliche Antikrise-Maßnahmen der Stadt Krakau, wie die Aktion "Pause", "Kultur widerstandsfähig" und "Sei Tourist in eigener Stadt" wurden von der lokalen Wirtschaft sehr gut angenommen.

Politische Folgen

Die komplizierte politische Lage in Polen wurde von der Corona-Krise und der für den 10. Mai 2020 geplanten Staatspräsidentenwahlen weitgehend verschärft. Polen ist derzeit stark gespalten. Auf der einen Seite stehen Jarosław Kaczyński und seine Partei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS), die erbittert an der Macht festhalten, auf der anderen Seite die Oppositionsparteien, die ihre Chancen bei der Wahl suchen. Der amtierende Staatspräsident Andrzej Duda (parteilos, vorher PiS) hat in seiner ersten Amtszeit seine Loyalität der PiS-Regierung und Kaczyński gegenüber bewiesen. Laut Umfragen hätte Duda beim Wahltermin am 10. Mai 2020 gute Chancen bereits im ersten Wahlgang wiedergewählt zu werden. Dass Kaczyński so lange am 10. Mai als Termin für die Präsidentschaftswahl festhielt, hängt mit seiner Befürchtung zusammen, dass die schon spürbaren und sich in Zukunft noch verstärkenden wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Krise dem PiS-Kandidaten für die Präsidentschaftswahl schaden könnten. Deswegen hat die Regierung den von der Verfassung vorgesehen Not- oder Katastrophenzustand nicht ausgerufen. In diesem Fall würde sich die Wahl automatisch um drei Monate nach Ende eines solchen Ausnahmezustandes verschieben. Stattdessen wurde per Dekret der bisher unbekannt "Epidemie-Zustand" eingeführt. Das polnische Wahlrecht wurde geändert. Es ermöglicht für die kommende Präsidentschaftswahl eine Stimmabgabe sowohl in Wahllokalen als auch per Briefwahl. Die Präsidentschaftswahl, die eigentlich am 10. Mai hätte stattfinden sollen, wurde kurzfristig und nach wochenlangem Streit und trotz Bedenken von mehreren VerfassungsrechtlerInnen auf den 28. Juni verschoben. Bisher konnten die Bewerber keinen echten Wahlkampf wegen der Coronavirus-Epidemie führen. Davon profitierte der Amtsinhaber, der mit Ansprachen zum Kampf gegen das Coronavirus regelmäßig in den Medien präsent war.

Laut aktuellen Wahlprognosen liegt Duda deutlich unter 50 Prozent. Als sein Gegenkandidat in der Stichwahl am 12. Juli wird laut vielen Umfragen der Warschauer Bürgermeister und Kandidat des Oppositionsbündnisses "Bürgerkoalition" (KO) Rafał Trzaskowski (PO - Bürgerplattform) gesehen. Laut einer Umfrage von "Estymator" vom 4. Juni 2020 liegen die Ergebnisse der Stichwahl für beide Kandidaten sehr nahe: für Duda bei 51,1 Prozent und Trzaskowski bei 48,9 Prozent.

Am Anfang der CoViD-19-Epidemie gewann der Gesundheitsminister Łukasz Szumowski (parteilos) zunehmend an Beliebtheit. In einem Ranking von Anfang April 2020 überholte er sogar den Präsidenten Duda. Seit Ende Mai häufen sich aber Medienberichte über Unregelmäßigkeiten beim Kauf von Schutzausrüstung durch das Gesundheitsministerium. Laut der Tageszeitung "Gazeta Wyborcza" befinden sich unter den vier Lieferanten der Schutzmasken FFP2, die das Gesundheitsministerium anschaffte, neben der staatlichen Agentur für Industrientwicklung nur drei Privatfirmen. Alle drei Firmen wurden Ende März gegründet und gehören einem Ski-Lehrer aus Zakopane, der dort eine Pension und Skischule betreibt. Viele Prominente sind seit Jahren seine Gäste, auch der Gesundheitsminister Szumowski und seine Familie. Die Schutzmasken, die durch die drei Privatfirmen an das Gesundheitsministerium geliefert wurden, wurden in China für circa 900.000 Polnische Złoty (circa 200.000 Euro) gekauft. Das Gesundheitsministerium hat für den Kauf 5 Millionen Polnische Złoty (circa 1,11 Millionen Euro) bezahlt. Es hat sich herausgestellt, dass die Schutzmasken wertlos sind, weil ihre Zertifikate gefälscht waren. Der Gesundheitsminister Łukasz Szumowski hat bestätigt, dass er den Skilehrer privat kennt, er bestreitet aber ihm bei der Auftragsvergabe geholfen zu haben.

Enthüllt wurden auch zahlreiche wirtschaftliche Verflechtungen der Familie des Gesundheitsministers, die innerhalb kurzer Zeit sehr wohlhabend geworden sei. Eine der Firmen, an der der Bruder und die Gattin des Gesundheitsministers beteiligt sind, hat in der Zeit als Szumowski Staatssekretär im Wissenschaftsministerium gewesen ist, Förderungen des Wissenschaftsministeriums lukriert. Szumowski erklärte, dass er keinen Einfluss auf die Förderungsvergabe gehabt habe. Die Oppositionsparteien haben einen Misstrauensantrag gegen den Gesundheitsminister gestellt, der am 5 Juni vom Sejm abgelehnt wurde.

Nächste Schritte

In den nächsten Tagen wird die Information über die Öffnung der polnischen Grenzen für AusländerInnen und die Aufhebung der Quarantänepflicht bei der Rückreise für polnische BürgerInnen erwartet. Bald soll auch ein Termin für die Wiederaufnahme der Luftverbindungen ins Ausland bekanntgegeben werden.

Die Stadt Krakau plant keine weiteren Maßnahmen in Verbindung mit der Corona-Krise. Die Entscheidung über weitere Lockerungen wird auf der Regierungsebene getroffen.

Öffnung für den Tourismus

Es ist abzusehen, dass bis zur Grenzöffnung die Polinnen und Polen den Urlaub im eigenen Land machen sollen. Die Regierung plant die Einführung der Urlaubsgutscheine für Urlaub in Polen im Wert von 500 Polnischen Złoty (circa 112 Euro) pro Kind, der in einem der polnischen Unternehmen der Tourismusbranche eingelöst werden kann. Ob die polnischen StaatsbürgerInnen ihren Urlaub im Ausland machen werden, hängt von der Epidemielage und dem Termin der Grenzöffnung sowie der Aufhebung der Quarantänepflicht bei der Rückreise ab. Derzeit hat Polen keine Sondervereinbarungen mit einem der Urlaubsländer.

Parteien

PiS: Recht und Gerechtigkeit (Rechts)

PO: Bürgerplattform (Mitte-rechts)

Quellen

wp.pl (Nachrichtenportal Virtuelles Polen, www.wp.pl)

onet.pl (Nachrichtenportal, www.onet.pl)

tvn24.pl (Nachrichtenportal des privaten Nachrichtensehens TVN24, www.tvn24.pl)

wyborcza.pl (Internetausgabe der Tageszeitung "Gazeta Wyborcza", www.wyborcza.pl)

forbes.pl (Internetausgabe der Wochenzeitschrift "Forbes", www.forbes.pl)

businessinsider.com.pl (Internetausgabe von "Business Insider", www.businessinsider.com.pl)

rp.pl (Internetausgabe der Tageszeitung "Rzeczpospolita", www.rp.pl)

Rzeczpospolita (Tageszeitung, 9. Juni 2020)

Ljubljana/Slowenien

Fakten

Datum des Lockdown: 16. März 2020, am 12. März 2020 wurde die Epidemie ausgerufen

Datum der Aufhebung: Schrittweise ab 11. Mai, offizielles Ende der Epidemie mit 31. Mai 2020

Stimmung in der Bevölkerung

Der Regierungswechsel, der unmittelbar vor der CoViD-19-Epidemie stattfand, brachte mit der neuen Mitte-rechts-Regierung einen rauheren Umgangston. Der autokratische Führungsstil des neuen Premierministers Janez Janša (SDS – Slowenische demokratische Partei) wird von vielen als in einer Krisensituation notwendig empfunden. Dennoch wurden die Menschen mit den Wochen ungeduldiger, die Kommunikation der Maßnahmen führte bei einem Teil der Bevölkerung zu Protesten. Laut Umfragen waren rund 47,3 Prozent der Befragten Ende Mai mit der Arbeit der Regierung zufrieden (um 17,3 Prozent weniger als im Vormonat), während 46,5 Prozent damit unzufrieden waren.

Grund für die sinkende Unterstützung für die Regierung sind Skandale rund um millionenschwere Ankäufe von Corona-Schutzausrüstung. Der Unmut über Korruption und die Einschränkung der Bürgerrechte unter Janez Janša (SDS) trieb die Menschen auf die Straße.

Zu Beginn des Corona-Lockdowns wurde auf Balkonen protestiert, danach auf wöchentlichen Fahrraddemos – jeden Freitag, die nächste Demonstration ist für den 12. Juni geplant. Die TeilnehmerInnen-Zahl wächst von Mal zu Mal, zuletzt waren es 10.000 RadfahrerInnen. Laut Umfragen der Tageszeitung "Delo" unterstützen 52,2 Prozent der Befragten die Fahrrad-Demos gegen die Regierung.

Der Bürgermeister von Ljubljana, Zoran Janković (LZJ – Liste Zoran Janković), war in den vergangenen Wochen vor allem damit beschäftigt, die Stadt aus dem Shutdown zu holen. Er zeigte sich kooperativ mit der Mitte-rechts-Regierung, hatte am Weltbienentag einen PR-Termin mit dem Minister für Umwelt und Raumplanung, Andrej Vizjak (SDS – Slowenische demokratische Partei). Seit Montag, dem 4. Mai, ist in Slowenien wieder Restaurant- und Barbetrieb möglich, jedoch wird die Stadt Mieten für die stadteigenen Geschäftsräume und Gastgärten erst wieder ab Juni berechnen. In den letzten Tagen waren die Gastgärten sehr voll, es ist fast nicht zu spüren, dass die Corona-Maßnahmen noch aktuell sind – es müssen lediglich KellnerInnen Mundschutz tragen.

Beurteilung des Anti-CoViD-19-Krisenmanagements

Sowohl die Regierung als auch die CoViD-19-ExpertInnengruppe für die Maßnahmen unter der Leitung der Infektiologin Bojana Beović (parteilos) sind mit dem günstigen epidemiologischen Bild sehr zufrieden. Nach Einschätzung des slowenischen Instituts für öffentliche Gesundheit gehöre die epidemiologische Lage in Slowenien zu den besten in Europa

Laut der Direktorin der slowenischen Industrie- und Handelskammer (GZS), Sonja Šmuc, sind die Wirtschaftsmaßnahmen, die von der Regierung in drei Paketen beschlossen wurden, erfolgreich. Eine der wichtigsten Maßnahmen ist die Mitfinanzierung der Kurzarbeit, die Slowenien als 17. EU-Mitgliedsstaat einführte. Demnach finanziert der Staat bis zu 50 Prozent der Arbeitszeit, das sind maximal 20 Stunden pro Woche. Die Kurzarbeit kann ab dem 1. Juni 2020 für längstens sechs Monate, also längstens bis zum 31. Dezember 2020, beantragt werden. Für Selbstständige, die aufgrund der Krise ihre Dienstleistungen nicht anbieten konnten und wenn doch, dann nur in erheblich reduziertem Umfang, hatten Anspruch auf ein monatliches Grundeinkommen von 70 Prozent des Nettomindestlohns – jedoch nur bis 31. Mai 2020. In diesem Zeitraum wurden den betroffenen Selbstständigen die Sozialbeiträge abgeschrieben. Die Sozialbeiträge für den Gesundheits- und Rentenregister wurden in diesem Zeitraum vom Staat bezahlt. Die Höhe der Beiträge für das Krisenjahr wird auf der Grundlage des nach Jahresende ausgewiesenen Gewinns ermittelt. Vor allem Kulturschaffende machen mit Protestaktionen darauf aufmerksam, dass sie auch in Zukunft Hilfe brauchen werden – es sei noch nicht absehbar, wann Aufführungen vor Publikum stattfinden können. Zur Zeit sind lediglich Ansammlungen von 200 Personen erlaubt, es muss jedoch ein Sicherheitsabstand von 1,5 Metern gewährleistet sein.

Die slowenische Exportwirtschaft verbuchte im April angesichts der Corona-Pandemie einen noch nie dagewesenen Rückgang. Im April wurden nur Waren für 2 Milliarden Euro ausgeführt – das sind fast 30 Prozent weniger als im April des Vorjahres. Den stärksten Rückgang verbuchte die Automobilindustrie. Auch Exporte nach Deutschland sind im April um 31 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eingebrochen. Als Gründe werden insbesondere die Grenzschließungen im europäischen Binnenmarkt genannt, aber auch Corona-Beschränkungen beim Handel und im Reisesektor.

Politische Folgen

Zwei Themen beschäftigen die Öffentlichkeit besonders: Zum einen die Skandale rund um millionenschwere Ankäufe von Corona-Schutzausrüstung – hierfür wurde von der Opposition ein Misstrauensantrag gegen Wirtschaftsminister Zdravko Počivalšek (SMC – Partei des modernen Zentrums) gestellt – er wird sich am 11. Juni 2020 vor dem Parlament verantworten. Zum anderen gibt es Sorgen über eine

zweite Welle der Epidemie. Die Frage nach dem Schutz von SeniorInnen als größter Risikogruppe ist eine der ungelösten Fragen.

Nächste Schritte

Nach der Lockerung der Maßnahmen rücken statistische Daten in den Vordergrund der Diskussion. Laut Daten aus den EU-Ländern stammen 25 bis 65 Prozent der CoViD-19 Opfer aus SeniorInnenheimen. In Slowenien ist diese Zahl aber mit 80 Prozent deutlich höher. Laut Gesundheitsminister Tomaž Gantar (DeSUS – Demokratische Pensionistenpartei Sloweniens) zeigte sich während der CoViD-19-Krise ein Bedarf an Pflegekrankenhäusern, die es in Slowenien derzeit nicht gibt. Er möchte noch vor dem Ausbruch einer zweiten Welle Pflege- und Betreuungseinrichtungen sicherstellen, die pflegebedürftige LangzeitpatientInnen aufnehmen können. Die größte Herausforderung sei es, Finanzmittel und Personal dafür zur Verfügung zu stellen, dennoch soll dies in naher Zukunft umgesetzt werden.

Öffnung für den Tourismus

Das slowenische Parlament hat im Rahmen des dritten Corona-Wirtschaftsmaßnahmenpakets die Einführung von Tourismus-Gutscheinen bestätigt. Damit soll dem Hotelgewerbe geholfen werden, sich von den Ausfällen der vergangenen Wochen zu erholen. Alle volljährigen BürgerInnen erhalten Gutscheine im Wert von 200 Euro ausgestellt, um Urlaub in Slowenien zu machen, anstatt ins Ausland zu fahren. Die Gutscheine sollen nach Angaben der Regierung gegen Unterkünfte und andere touristische Dienstleistungen eingetauscht werden können. Minderjährige sollen Gutscheine im Wert von 50 Euro erhalten. Die Gutscheine können vom 19. Juni 2020 bis Ende des Jahres genutzt werden.

Umfragen ergeben, dass 72 Prozent der befragten Sloweninnen und Slowenen die Maßnahme unterstützen. Drei Viertel der Befragten werden ihre Gutscheine auch nutzen, 66 Prozent der Befragten werden heuer verreisen. 53 Prozent werden ihre Ferien in Slowenien verbringen. Rund 16,5 Prozent fahren ins Ausland, die überwiegende Mehrheit nach Kroatien (93,1 Prozent). Rund 24 Prozent werden aufgrund von Bedenken überhaupt nicht verreisen. Ein Teil der Befragten, 6,6 Prozent, haben sich noch nicht entschieden.

Mit 5. Juni 2020 wurden die beidseitigen Gesundheitskontrollen an allen Grenzübergängen von und nach Slowenien für österreichische und slowenische StaatsbürgerInnen eingestellt. Die Grenzen dürfen allerdings ausschließlich von slowenischen und österreichischen StaatsbürgerInnen genutzt werden. Alle anderen Staatsangehörigen dürfen ausschließlich die größeren Grenzübergänge Karawankentunnel, Loibltunnel und Spielberg Autobahn sowie im Zugverkehr Spielfeld Bahnhof benutzen.

Slowenien hat am 8. Juni 2020 seine Grenzen für BürgerInnen aus 17 Ländern wieder geöffnet. So können neben Bürgern aus den Nachbarländern auch wieder Reisende aus Deutschland, der Schweiz, Griechenland und weitere nach Slowenien einreisen. Wer aus Nordmazedonien kommt, muss wegen der schlechten epidemiologischen Lage dort in eine 14-Tägige Quarantäne.

Parteien

SDS: Slowenische Demokratische Partei (Mitte-rechts)

SMC: Partei des modernen Zentrums (Mitte)

Quellen

GOVSI (Webportal der slowenischen Regierung, www.gov.si)

RTVSLO (Webportal des slowenischen Nationalfernsehens, www.rtv.slo.si)

STA (Webportal der slowenischen Presseagentur "STA", www.sta.si)

Delo (Webportal der slowenischen Tageszeitung "Delo", www.delo.si)

Prag/Tschechien

Fakten

Ausrufung des Notstands: 12. März 2020

Grenzschließungen: 16. März 2020

Aufhebung des Notstands: 17. Mai 2020

Stimmung in der Bevölkerung

Die Anzahl an Infektionsfällen und die Anzahl an Todesopfer in Tschechien war, im Vergleich zu anderen Ländern, niedrig und auch das Gesundheitssystem war nicht überlastet. Zwar wurden einige Maßnahmen der Regierung als allzu streng beziehungsweise als nutzlos angesehen, wie zum Beispiel das obligatorische Tragen eines Nasen-Mund-Schutzes im Freien. Die Bevölkerung ist dennoch der Überzeugung, dass die rechtzeitig vorgenommenen Vorkehrungen der Regierung zahlreiche Leben gerettet und viele BürgerInnen vor der CoViD-19-Infektion schützen konnten. Insgesamt kann die Stimmung somit als positiv bezeichnet werden.

Beurteilung des Anti-CoViD-19-Krisenmanagements

In der tschechischen Geschichte gab es bisher keine Situation, in der vergleichbare landesweite Maßnahmen vorgenommen worden wären, die den Schutz der Bevölkerung vor einer Infektion zum Ziel gehabt hätten. Aus diesem Grund gibt es auch keinen Präzedenzfall, nach dem die Regierung und deren Management der Krisensituation beurteilt werden könnte.

Das Krisenmanagement liegt in Tschechien in den Händen eines Krisenstabes, der fast täglich, und manchmal auch mehrmals am Tag, die Öffentlichkeit über die aktuelle Situation und die vorgenommenen Maßnahmen informierte. Die Flut an Informationen, war, im Nachhinein gesehen, potentiell kontraproduktiv, da viele keinen Überblick mehr hatten, was aktuell galt. Ein Beispiel hierfür sind die speziellen Öffnungszeiten der Geschäfte für die SeniorInnen, die sich innerhalb einer Woche drei Mal änderten. Einen guten Dienst leisteten in dieser Situation die Sendungen des öffentlich-rechtlichen "Tschechischen Fernsehens", die die aktuellen Vorkehrungen in einer übersichtlichen und verständlichen Art und Weise zusammenfassten.

Auch die unkoordinierte Anschaffung der Schutzmittel wurde durch die Opposition heftig kritisiert. Getrieben durch den Wunsch, so schnell wie möglich Schutzmittel zu beschaffen, achteten die staatlichen Behörden weder auf Preise, noch von wo diese beschafft wurden.

Die Politik der Städte, Gemeinden und Regionen waren während des Notstandes eher unsichtbar, da die Maßnahmen und deren Lockerungen von der tschechischen Regierung beziehungsweise von dem Krisenstab koordiniert wurden. Auf diese Entscheidungen hatten die lokalen (und auch die Prager) Stadtregierungen keinen Einfluss. Die Prager Stadtregierung unterstützte den Staat in jenen Bereichen, die in die Zuständigkeit der Stadt fallen, wie die Koordinierung des öffentlichen Verkehrs, in Obdachlosenfragen oder im Bereich der Sozialpflege. In dieser Hinsicht sind jene Maßnahmen hervorzuheben, die die Stadt Prag für SeniorInnen leistete. Im städtischen Spital "Na Františku" wurde zum Beispiel eine Abteilung nur für CoViD-19-Erkrankte im SeniorInnenalter eingerichtet. Für Obdachlose errichtete die Stadt Prag eine Zeltstadt mit Verpflegung. Als diese aufgelöst wurde, setzte sich die Stadt dafür ein, dass die Obdachlosen vorübergehend Unterschlupf in den geschlossenen Hotels finden.

Politische Folgen

Durch die Krise rückten einige, vorher unbekannte, Personen, ins Scheinwerferlicht. Vor allem der Vorstand des Krisenstabs und Hauptepidemiologe des Landes, Prof. Dr. med. Roman Prymula, PhD. (parteilos), konnte sich als Spezialist einen Namen machen. Die Medien spekulierten sogar, dass er einen besseren Gesundheitsminister als Adam Vojtěch (ANO - JA) abgegeben würde. Dennoch sind weder auf der staatlichen noch auf der städtischen Ebene politische Veränderungen beziehungsweise Folgen aufgrund der CoViD-19 zu erwarten.

Nächste Schritte

Die nächste Lockerungswelle ist für den 15. Juni 2020 geplant. Die letzten Maßnahmen, die immer noch gelten, sind das verpflichtende Tragen des Mund-Nase-Schutzes in den öffentlichen Verkehrsmitteln und in den öffentlichen Gebäuden, eine Begrenzung der TeilnehmerInnenzahl bei Veranstaltungen auf 500 und das Schließen der Innenräume der Restaurants und ähnlicher Einrichtungen um 23 Uhr. (Anmerkung: Schanigärten dürfen länger offen sein).

Informationen der tschechischen Regierung zufolge, gibt es Spekulationen über eine zweite CoViD-19-Infektionswelle im Herbst. Auf diese potentielle Bedrohung sei das Land jedoch gut vorbereitet. Mit einem weiteren Lockdown werde jedoch nicht gerechnet. Die Verbreitung des Virus solle im Anlassfall mittels einer App überwacht und die Quarantäne anlassbezogen und nur an bestimmten Orten verhängt werden.

Öffnung für den Tourismus

Am 1. Juni 2020 präsentierte die tschechische Regierung ein sogenanntes "Ampel-System", das die Länder, entsprechend der aktuellen Situation, in drei Farben

kategorisiert. So dürfen die tschechischen Staatsangehörigen ohne CoViD-19-Test in "grüne Länder" reisen. Auch die Anreise aus diesen Ländern ist ohne Test und Quarantäne möglich. Orange gekennzeichnet sind jene Länder, in die gereist werden darf. Bei der Einreise aus diesen Ländern wird von den StaatsbürgerInnen des anderen Landes ein negativer Test oder eine zweiwöchige Quarantäne verlangt. Die rote Gruppe umfasst jene Länder, in die vorerst nicht gereist werden darf. Aktuell handelt es sich hierbei um nur um Schweden und Großbritannien. Das "Ampel-System" tritt mit 15. Juni 2020 in Kraft. Die Kategorien gelten aktuell nur für Europa. Eine Reise in andere Kontinente ist derzeit nicht vorgesehen.

Einem Beschluss der Regierung zufolge, ist der grenzüberschreitende Verkehr ohne jegliche Beschränkungen in allen Nachbarländern außer Polen und Ungarn bereits seit dem 6. Juni 2020 möglich, das heißt um neun Tage früher als ursprünglich geplant.

Partei

ANO: JA (Mitte)

Quellen

iDnes.cz (Onlinemedium, www.idnes.cz)

Seznam.cz (Onlinemedium, www.seznam.cz)

Nachrichtenportal des Ministeriums für Gesundheit (<https://onemocneni-aktualne.mzcr.cz/covid-19>)

Sarajevo/Bosnien-Herzegowina

Fakten

Datum des Lockdown (Notstand)
Teilland Föderation Bosnien-Herzegowina: 16. März
Teilland Republika Srpska: 28. März

Datum der Aufhebung (Notstand)
Teilland Föderation Bosnien-Herzegowina: 31. Mai
Teilland Republika Srpska: 21. Mai

Stimmung in der Bevölkerung

Breite Teile der Bevölkerung halten sich nicht an noch bestehende Verordnungen und Empfehlungen, wie beispielsweise die Maskenpflicht und Sicherheitsabstand. Selbst viele Unternehmen in den Bereichen Verkehr, Gastronomie und Handel beispielsweise halten sich oft nicht daran. Zu dieser lässigen Haltung hat das Verhalten von EntscheidungsträgerInnen aus Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit wesentlich beigetragen. Während der Corona-Krise sind viele beispielsweise durch gesetzeswidrige Beschaffungen und durch Teilnahmen an Feiern trotz des geltenden Versammlungsverbots negativ aufgefallen. Zusätzlich noch gefährden die wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns die Existenz tausender Menschen. Das allgemeine Misstrauen gegenüber der regierenden Elite ist aufgrund ihrer stark politisierten Entscheidungsfindung deutlich gestiegen.

Neben den wirtschaftlichen Folgen verfestigte die Pandemie die bereits vorhandene Angst um die medizinische Versorgung. Paradoxe Weise funktionierte die Behandlung von Verdachts- und Infektionsfällen in der Hauptstadt, wo das Versorgungsnetz eigentlich am besten ausgestattet ist, am schwierigsten. Hier erreichte das bereits seit Jahren bekannte Problem um die Regelungen und Abläufe von der Grundversorgung bis zur stationären Einweisung seinen Höhepunkt. Der Tod von sechs Personen aus Nicht-Risikogruppen in Sarajevo ist auf die Mängel in der Zuständigkeitskette zurückzuführen. Für Sarajevo bleibt die Gesundheitspolitik das Krisenthema Nummer Eins auch in den kommenden Monaten. Als positiv hervorzuheben ist hingegen die Bereitschaft zur Digitalisierung, vor allem im Bildungsbereich, bei Amtswegen und im allgemeinen Geschäftsleben. Die schnelle Akzeptanz der digitalen Wege hat in der kurzen Zeit für einen Vorsprung im Digitalisierungsprozess gesorgt, der unter normalen Umständen nicht so wirksam hätte erreicht werden können.

Beurteilung des Anti-CoViD-19-Krisenmanagements

Der Shutdown mit wochenlangen Ausgangssperren und das umfassende Ausgangsverbot für Kinder und SeniorInnen waren die Antwort auf das unvorbereitete Gesundheitssystem, das eine derart hohe Zahl an Infektionsfällen, wie beispielsweise in Italien, nicht vertragen hätte können. Diese Maßnahmen wurden auch seitens der Bevölkerung selbst stark kritisiert.

Das staatliche Krisenmanagement wird sehr negativ bewertet. Der Nationalrat um die führenden Parteien der drei größten Volksgruppen, die "Partei der demokratischen Aktion" (SDA), die "Union der unabhängigen Sozialdemokraten" (SNSD) und die "Kroatische demokratische Union" (HDZ) schaffte es nicht, eine zentrale Koordinierungsstelle einzurichten. Die beiden Teilländer führten eigene Krisenstäbe mit oft unterschiedlichen Verordnungen. In mehreren Fällen zeigte sich, wie folgenschwer eine fehlende Abstimmung untereinander sein kann. Die Verteilung der Spenden verlief oft selbstständig, ungeplant und unkoordiniert, weshalb die Republika Srpska sich Anfang April in Notlage befand und sich 10.000 Tests von der Föderation Bosnien-Herzegowina ausborgen musste. Auch Beschaffungen wurden von den Teilländern eigenständig getätigt. Ein weiteres Problem zeigte sich während der Maifeiertage. Obwohl mehrmals hervorgehoben wurde, dass die 14-tägige-Isolationspflicht für alle Einreisende die effizienteste Maßnahme darstellt, um die Ausbreitung des Virus zu unterbinden, hob der Krisenstab der Föderation diese Verordnung ohne Absprache mit der Republika Srpska über Nacht auf. Rückkehrende StaatsbürgerInnen konnten somit die Grenzübergänge in die Föderation nutzen, um in weiterer Folge ohne verpflichtende Quarantäne in die Republika Srpska einzureisen.

Der Kanton Sarajevo und die Stadt Sarajevo haben sich, als untergeordnete Verwaltungseinheiten der Föderation Bosnien-Herzegowina, fast komplett an die Verordnungen der höheren Ebene gehalten und es selten gewagt, eigene Kompetenzen zur Bewältigung der Krise zu benutzen. In diesem Zusammenhang wurden von der Opposition und von KMU die ausgebliebenen Wirtschaftspakete im März und April bemängelt. Im Allgemeinen stehen nach der dreimonatigen Krise vor allem die Maßnahmen für die Wirtschaft unter heftiger Kritik. Die Lage zum Stichtag 10. Juni mit neuen Hotspots und dem Anstieg der aktiven Fälle verdeutlicht, dass die während des Notstands geltenden Maßnahmen im Sinne der Krisenbewältigung überwiegend angebracht waren.

Politische Folgen

Die vielen, teils sehr strengen Maßnahmen, können aus medizinischer Sicht berechtigt angesehen werden. Die Ausrufung des Notstands hatte jedoch auch mehrere undemokratische Entscheidungen und korrupte Machenschaften zur Folge, die dank der Medien aufgedeckt wurden und noch ein juristisches Nachspiel

mit sich bringen werden. So wurde beispielsweise das Versammlungsverbot für Gruppen von über 20 Personen wochenlang seitens der regierenden Parteien als Ausrede benutzt, um keine Parlamentssitzungen einzuberufen.

Unvergessen bleiben die kleinen Siege der BürgerInnen in den Bereichen des Datenschutzes und der Bewegungsfreiheit. Ende März wurde seitens der Regierungen der Vorschlag eingebracht, die Namen und sonstige Angaben jener Personen zu veröffentlichen, denen eine 14-tägige häusliche Isolation verordnet wurde. Die Reaktionen der hunderten betroffenen BürgerInnen veranlasste die Datenschutzagentur, dieses öffentliche Register zu unterbinden. Die allgemeine Ausgangssperre für Kinder und PensionistInnen veranlasste eine weitere BürgerInneninitiative dazu, beim staatlichen Verfassungsgericht wegen einer Verletzung der Bewegungsfreiheit zu klagen. Dem Einspruch der BürgerInnen wurde Recht gegeben und die Maßnahme darauf vom föderalen Krisenstab gelockert. Umstritten war auch der Beschluss der Republika Srpska zur "Bestrafung der Veröffentlichung von Falschmeldungen und der Angstmacherei während des Ausnahmezustands". Der Beschluss wurde bereits am 16. April nach Vorwürfen darüber, dass dieser zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit missbraucht werden würde, außer Kraft gesetzt.

Der Notstand brachte auch die Möglichkeit mit sich, den Prozess der öffentlichen Ausschreibung bei der Beschaffung medizinischer Ausrüstung zu überspringen. Der prominenteste dieser Fälle betraf die Anschaffung von 100 chinesischen Beatmungsgeräte durch ein Obstanbauunternehmen. Die Untersuchungen in diesem Fall führten zu mehreren Verhaftungen, darunter des Regierungschefs der Föderation Bosnien-Herzegowina, Fadil Novalić (SDA). Seine Festnahme sorgte für internationale Schlagzeilen und veranlasste die Überprüfung weiterer Beschaffungen, die gegen Importregeln, die Vorschriften der Agentur für Medikamente und medizinische Geräte sowie gegen die Protokolle der Krisenstäbe verstoßen haben. Novalić ist inzwischen aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Inzwischen wird auch der Ankauf des mobilen Krankenhauses seitens der Regierung der Republika Srpska untersucht.

Wie weittragend die politischen Folgen der Corona-Krise sein werden, wird sich spätestens im November bei den Kommunalwahlen zeigen. Die Unzufriedenheit der betroffenen Unternehmen mit den Hilfspaketen für die Wirtschaft wird in den kommenden Monaten wohl kaum zurückgehen. Die im Corona-Gesetz vorgesehenen Subventionen sind nämlich nur für den Zeitraum während des Notstands und die darauffolgenden 60 Tage vorgesehen.

Nächste Schritte

Da die Lockerungen normalerweise in einem Zwei-Wochen-Zyklus folgen, sind mit Mitte Juni weitere Grenzöffnungen zu erwarten. Mit Kroatien als einzigem angrenzendem EU-Land gelten keine reziproken Einreisebedingungen, zum Nachteil Bosnien-Herzegowinas. Änderungen sind gegebenenfalls bei der Ansammlungsverordnung zu erwarten, denn bisher wurden landesweit alle Bereiche außer Schulen hochgefahren.

Wie schwierig sich das Krisenmanagement im Post-Notstand gestaltet, belegen die Beispiele in den Gemeinden Maglaj und Tešanj. Maglaj entwickelte sich im Mai zum Hotspot, nach der Ausbreitung des Virus in drei Textilfabriken. Die Verbreitung des Virus wurde dank der Verordnung zu 14-tägiger Isolation und der Spitalsbehandlung von Krisenfällen sehr schnell unter Kontrolle gebracht. Mittlerweile ist es in Tešanj zum gleichen Szenario gekommen. Allerdings beklagt der Krisenstab des Kantons Zenica-Doboj, dass eine ähnlich erfolgreiche Behebung des Problems unwahrscheinlich ist, da ihm eine solche Quarantäne-Verordnung nicht mehr zur Verfügung steht, und da die Krankenhäuser wieder zum Normalbetrieb zurückgekehrt sind. Diese Parallele verdeutlicht, dass die Aufhebung des Notstands und der damit verbundenen Maßnahmen ohne effektive Vorgehenspläne beschlossen wurden.

Öffnung für den Tourismus

Statistiken für April, die auf einen Rückgang von 98,9 Prozent touristischer Aktivitäten, im Vergleich zum April des Vorjahrs aufweisen, zeigen das Ausmaß der Corona-Krise auf die Branche deutlich auf. Da zu den zwei Hauptmärkten die Nachbarländer Kroatien und Serbien gehören, zu denen die Grenzen bereits ohne verpflichtender Quarantäne geöffnet wurden, dürften Tourismus-Magnete wie Mostar, der Pilgerort Međugorje oder Sarajevo heuer auf BesucherInnen aus diesen beiden Ländern hoffen.

Die Tourismusverbände gehen jedoch von keinem Anstieg aus und bereiten daher auch keine Werbekampagnen für ausländische TouristInnen vor. Viel eher ist die Branche auf einheimischen TouristInnen fokussiert. Aus diesem Grund werden in der Republika Srpska ab dem 15. Juni Tourismus-Gutscheine verteilt. Landesweit erging auch eine Anordnung an Schulen, alle Exkursionen im Land zu planen. Den zweiten wichtigen Zielmarkt stellen die arabischen Länder wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate sowie China dar, für die zu diesem Zeitpunkt keine Öffnung der Grenzen absehbar ist. Einen wichtigen Anteil am Tourismus nehmen auch die europäischen Länder ein, vor allem TouristInnen aus Slowenien, Deutschland und Italien. Da wichtige Lockerungen alle zwei Wochen vorgenommen werden und die Grenzöffnung für Serbien, Kroatien und Montenegro am 28. Mai erfolgte, wird demnächst die Öffnung für weitere Länder

im europäischen Raum erwartet. Bosnien belegt im internationalen Ranking was die Sicherheit hinsichtlich CoViD-19 betrifft Platz 72. Zum Vergleich: Österreich liegt auf Platz sechs, Ungarn auf Platz 18 und Kroatien auf Platz 36. Der Sommerurlaub kann gegebenenfalls derzeit nur in die Nachbarländer geplant werden. Die Einreise nach Serbien und Montenegro ist ohne Einschränkungen möglich, nach Kroatien nur mit dem Nachweis einer Hotelreservierung oder des Reisebüros. Es ist zu erwarten, dass es nach Lockerungen für bosnisch-herzegowinische BürgerInnen durch Kroatien das Interesse an einer Unterkunft in dortigen privaten Ferienhäusern für den Sommerurlaub steigen wird.

Parteien

SDA: Partei der demokratischen Aktion (Mitte-rechts)

SNSD: Union der unabhängigen Sozialdemokraten (Mitte-rechts)

HDZ: Kroatische demokratische Union (Mitte-rechts)

Quellen

Bhrt.ba (Website des Senders BHT1, www.bhrt.ba)

Covid19.fmoh.ba (Website des Gesundheitsministeriums des Teillandes Föderation, www.covid19.fmoh.ba)

Fena (Nachrichtenagentur, www.fena.ba/)

Fokus.ba (Onlinemedium, www.fokus.ba)

Klix.ba (Onlinemedium, www.klix.ba)

Rtrs.tv (Website des Senders RTRS, www.rtrs.tv)

Vladars.net (Website der Regierung der Teilrepublik Srpska, www.vladars.net)

Sofia/Bulgarien

Fakten

Ausrufung des Ausnahmezustands: 13. März 2020

Aufhebung des Ausnahmezustands: 13. Mai 2020

Ausrufung der "epidemiologischen Notsituation"*: 14. Mai 2020

geplante Aufhebung der "epidemiologischen Notsituation": 14. Juni 2020

* Eine epidemiologische Notsituation ist eine abgeschwächte Form des Ausnahmezustands, bei der einige Maßnahmen wie zum Beispiel Grenzkontrollen aufrechterhalten werden.

Stimmung in der Bevölkerung

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die Bevölkerung Bulgariens in Krisensituationen bereit ist, eine Beschränkung zu akzeptieren, ohne jedoch ihren demokratischen Instinkt zu verlieren. Zu Beginn gab es Angst vor der Krankheit und eine äußerst positive Bewertung der Regierungsmaßnahmen. Mit dem Nachlassen der Angst vor der Krankheit ging auch die Unterstützung für die Regierung und ihrer Maßnahmen zurück und machte einer Angst über einen möglichen Verlust des Arbeitsplatzes und einer Besorgnis über Kürzungen beim Einkommen Platz. Die Forderung, die Maßnahmen zu lockern, vor allem eine Aufhebung der Bewegungsbeschränkung, waren im Mai nicht zu überhören. Dennoch gab es nicht viele Proteste. Lediglich in einigen abgeriegelten Roma-Siedlungen und von stark betroffenen Wirtschaftsbranchen und von kleineren politischen Parteien kam es zu Unmutsäußerungen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Bevölkerung, im Großen und Ganzen, mit der Arbeit der Regierung im Zusammenhang mit CoViD-19 zufrieden ist.

Beurteilung des Anti-CoViD-19-Krisenmanagements

Etwa zwei Drittel der Bevölkerung halten sich strikt an die auferlegten Anti-Epidemie-Maßnahmen. Die meisten sind der Meinung, dass Bulgarien mit der Epidemie im Vergleich zu anderen europäischen Länder relativ gut zurechtkommt. Die Maßnahmen des Staates zur Unterstützung der Wirtschaft werden jedoch als unzureichend, unwirksam und ineffizient bewertet.

Im Speziellen kritisieren Wirtschaftstreibende, dass die Unterstützungen einseitig und mit Verzögerungen ausgegeben werden. Die Wirtschaft fordert, dass die Regierung alle ihre zur Verfügung stehenden Ressourcen zur Überwindung der Schäden einsetzt. Sie besteht auch auf die Ausarbeitung von Rechtsvorschriften und von Aktionsalgorithmen für Krisensituationen in der Zukunft.

Politische Folgen

Heuer gibt es in Bulgarien keine Parlaments-, Präsidentschafts- oder Kommunalwahlen, daher hatte die Pandemie keine Auswirkungen auf diesem Bereich des politischen Lebens. Die Corona-Pandemie vereinte jedoch zu Beginn, zum ersten Mal seit Jahren, die Regierungskoalition und die Opposition mit dem einstimmigen Beschluss, am 13. März 2020 in Bulgarien den Ausnahmezustand auszurufen.

Wegen der Pandemie beschloss das Parlament am 26. März ferner, die ordentlichen Sitzungen auszusetzen und sich lediglich zur Abstimmung von Rechtsvorschriften zum Ausnahmezustand und dringenden Gesetzesänderungen zu treffen. Die oppositionelle "Bulgarische sozialistische Partei" (BSP) lehnte die Maßnahme entschieden ab und beschrieb sie als "Abschaffung der parlamentarischen Republik und Aufhebung der Verfassung" und "Krone der unkontrollierten Macht". Die ordentlichen Parlamentssitzungen wurden dennoch erst am 14. Mai wiederaufgenommen.

Die Krisensituation um CoViD-19 hat die Einstellungen in der Gesellschaft verändert. Die Regierung und die Sicherheitsbehörden erhielten eine beispiellos hohe Bewertung, und das Vertrauen in die regierende Partei "Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens" (GERB) wurde, gegenüber den anderen Parteien, enorm gestärkt.

"Die wichtigsten Schlussfolgerungen aus der aktuellen Krise sind, dass die Beschränkungsmaßnahmen keine grundlegenden Menschenrechte verletzen dürfen, die Sozialmaßnahmen rechtzeitig den Bedürftigen zugutekommen sollten, während die Finanzinstrumente auf jene ausgerichtet werden müssen, die die führende Kraft innerhalb einer schnellen Wiederherstellung sein werden." Dies sagte Staatspräsident Rumen Radev (parteilos) am 28. Mai in seiner Rede beim UN-Gipfel.

Nächste Schritte

Die Regierung hat die Absicht bekundet, nach Aufhebung aller restriktiven Maßnahmen für CoViD-19 die wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen zur Überwindung der Folgen für verschiedene Zeiträume (sogar bis zu zwei Jahre) zu verlängern.

Öffnung für den Tourismus

Unter den Bedingungen der Corona-Krise hat Bulgarien in den Plänen der BulgarInnen für die Sommerferien natürlich einen Vorteil gegenüber ausländischen Touristenzielen erlangt. Sie bekunden eine Art touristischer Patriotismus: Es sei

notwendig, den Inlandstourismus durch die Wahl eines solchen Urlaubsziels zu unterstützen.

Alle Hotels und Beherbergungsbetriebe durften ab 13. Mai 2020 unter Einhaltung der Abstandsregel und strenger Hygieneauflagen wieder öffnen. Der Betrieb im Innen- und Außenbereich der Gastronomie ist bis auf Discos, Cocktailbars und Nachtbars seit dem 1. Juni gestattet. Strände und Sporteinrichtungen dürfen unter Einhaltung antiepidemischer Maßnahmen genutzt werden.

Ferner dürfen seit dem 1. Juni 2020 TouristInnen aus Österreich, Deutschland, den Niederlanden, Polen, Griechenland, Dänemark, Rumänien, Estland, der Slowakei, Slowenien, Ungarn, Finnland, Zypern, Frankreich, Lettland, Kroatien, Litauen, Tschechien, Luxemburg, Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz, San Marino, Andorra, Monaco, dem Vatikan, Serbien, Nordmazedonien ohne eine vorherige 14-tägige Quarantäne einreisen. Die Liste soll jedoch laufend aktualisiert und angepasst werden. In diesem Kontext forderte der oberste staatliche Gesundheitsinspektor Angel Kuntschev am 9. Juni eine Verlängerung der epidemiologischen Notsituation, weil ansonsten alle Maßnahmen, inklusive der Grenzkontrollen, automatisch aufgehoben wären.

Parteien

GERB: Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens (Mitte-rechts)

BSP: Bulgarische sozialistische Partei (Mitte-links)

Quellen

Ministerrat der Republik Bulgarien (Website, www.government.bg)

Coronavirus.bg (Informationsportal der Regierung, www.coronavirus.bg)

Bnr.bg (Website des Bulgarischen nationalen Rundfunks BNR, www.bnr.bg)

Dariknews.bg (Onlinemedium, www.dariknews.bg)

Arcgis.com (Website des Unternehmens ESRI, www.arcgis.com)

Zagreb/Kroatien

Fakten

Datum des Lockdown: 23. März 2020 (landesweites Binnenverkehrsverbot)

Datum der Aufhebung: 11. Mai 2020 (Aufhebung des Binnenverkehrsverbots)

Stimmung in der Bevölkerung

Die epidemiologische Lage in Kroatien sowie in deren Hauptstadt Zagreb ist sehr günstig. Da täglich entweder keine oder nur wenige neue CoViD-19-Fälle (überwiegend kroatische RückkehrerInnen aus dem Ausland) verzeichnet werden, wurden die meisten Einschränkungen wieder aufgehoben. In der Bevölkerung ist infolgedessen fast wieder Normalität eingetreten. Desinfektionsmittel sind zwar weiterhin Teil des Alltags, aber Schutzmasken sind eher eine Seltenheit geworden.

Laut einer Umfrage des kroatischen Fernsehsenders RTL seien 76,6 Prozent der Befragten zufrieden mit den umgesetzten CoViD-19-Maßnahmen in ihrem Land. Nur 20,5 Prozent denken, die Maßnahmen seien übertrieben gewesen, und 1,1 Prozent waren mit ihnen unzufrieden. Im Falle einer zweiten Coronavirus-Welle würde sich die Mehrheit der Bevölkerung aber keinen erneuten Lockdown wünschen, sondern einen normalen Alltag mit zusätzlichen Schutzmaßnahmen für gefährdete Bevölkerungsgruppen.

Medienberichten zufolge sei die bevorstehende Wirtschaftskrise für viele Kroatinnen und Kroaten eine größere Bedrohung als die CoViD-19-Pandemie. Die meisten fürchten sich vor Lohnsenkungen und Arbeitsverlust. Seit dem Pandemiebeginn haben zirka 25.000 Menschen in Kroatien ihre Arbeit verloren. Die Anzahl an neuen Stellenausschreibungen ist bedeutend zurückgegangen, was sich auch auf ArbeitnehmerInnen mit befristeten Arbeitsverträgen negativ auswirken wird.

Viele Beschäftigte arbeiten noch aus dem Home-Office, aber immer mehr kehren wieder an ihre Arbeitsplätze zurück. Da alle Geschäfte und Supermärkte wieder normal arbeiten, ist besonders in den Shoppingzentren am Wochenende ein größerer Andrang zu verzeichnen. Nachdem der Binnenverkehr wieder ohne spezielle Passierscheine erlaubt ist, machen viele Kroatinnen und Kroaten nun kürzere Ausflüge in die Natur oder an die Küste.

Auch in Zagreb scheint wieder Normalität einzukehren. In der Zagreber Infektionsklinik "Dr. Fran Mihaljević" sind keine Coronavirus-PatientInnen mehr in Behandlung. Der öffentliche Verkehr wurde fast zur Gänze wieder in Betrieb genommen – nur die Straßenbahnlinien, die über den Hauptplatz verlaufen, sind aufgrund der Sanierungsarbeiten nach dem Erdbeben vom 22. März 2020 noch

immer außer Kraft gesetzt. In den Öffis entsteht besonders in der Stoßzeit am Morgen und am Nachmittag wieder gelegentlich Gedränge, aber die BürgerInnen scheint das nicht mehr zu beunruhigen. Auch der Autoverkehr hat sich wieder fast normalisiert, weshalb sich auf den Zagreber Straßen gelegentlich wieder Staus bilden.

Beurteilung des Anti-CoViD-19-Krisenmanagements

Der Zivilschutzstab der Stadt Zagreb hat während der CoViD-19-Krise nicht besonders viele Maßnahmen erlassen. Er konzentrierte sich eher auf die Berichterstattung und Information der Öffentlichkeit über die aktuellen Fallzahlen sowie auf die Folgen des Erdbebens. Die Pressekonferenzen wurden teilweise vom Zagreber Bürgermeister Milan Bandić (365RIS – Arbeits- und Solidaritätspartei) geleitet. Alle Beschlüsse des Nationalen Zivilschutzstabes fanden auch in der Hauptstadt Anwendung.

Der kroatische Innenminister und Chef des Nationalen Zivilschutzstabes, Davor Božinović (HDZ – Kroatische Demokratische Gemeinschaft), äußerte seine Zufriedenheit mit der Arbeit, die mit gemeinsamen Kräften in den letzten 100 Tagen geleistet wurde. Dabei sei besonders das Timing entscheidend gewesen: "Jetzt sehen wir, dass wir im richtigen Moment die richtigen Maßnahmen beschlossen haben, und zwar sowohl beim Lockdown als auch bei den Lockerungen", so Božinović. Seiner Ansicht nach sei aber die kontinuierliche Information der Bevölkerung am allerwichtigsten gewesen. Der Nationale Zivilschutzstab hielt am Anfang der Epidemie täglich sogar zwei Pressenkonferenzen ab. Als die Fallzahlen zu sinken begannen, wurde dies auf eine Pressekonferenz am Nachmittag begrenzt. Was das Ende der Epidemie angeht, sagte Božinović lediglich, es sei noch zu früh, um davon zu sprechen. Auch der kroatische Gesundheitsminister Vili Beroš (HDZ) ist mit der Lage in Kroatien zufrieden: "Manchmal schien es wie ein Kampf, manchmal wie ein Countdown. Aber wenn man mit einem guten Team und gewissenhaften BürgerInnen zusammenarbeitet, ist das ein Countdown zum Sieg!"

Die Arbeit des Nationalen Zivilschutzstabes wird von der Bevölkerung als sehr positiv gewertet. Das meiste Lob sammelte dabei Gesundheitsminister Beroš (HDZ). ExpertInnen kritisierten lediglich, dass die Beschlüsse und Maßnahmen manchmal nicht eindeutig kommuniziert wurden.

Politische Folgen

Die Coronavirus-Epidemie hatte keine besonderen politischen Folgen für die Stadt Zagreb. Der Zagreber Bürgermeister Milan Bandić (365RIS) wurde aber wegen seiner zu langsamen Reaktion auf die Folgen des Erdbebens kritisiert.

Die CoViD-19-Krise hatte zunächst einen positiven Einfluss auf das Rating der kroatischen Regierung, die von der "Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft" (HDZ) angeführt wird. Laut einer Umfrage zeigten sich 51,2 Prozent der BürgerInnen im April 2020 optimistisch in Hinblick auf die künftige Entwicklung des Landes und waren damit zufrieden, wie der Staat mit der Krise umgeht. Doch schon im Juni – als die wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns immer klarer wurden – sind nur noch 25,1 Prozent dieser Meinung. Da am 5. Juli 2020 in Kroatien Parlamentswahlen anstehen, hagelte es Kritik seitens der Opposition, die HDZ wolle diesen Moment für einen neuen Wahlsieg nutzen, bevor sie die Unterstützung der Bevölkerung verliert. Denn die Wahlen sollten eigentlich im Herbst stattfinden. KritikerInnen sind der Ansicht, die HDZ habe den Termin vorgezogen, weil die WählerInnen sich momentan noch nicht der ganzen Ausmaße der Wirtschaftskrise bewusst sind, die ihnen nach der Sommersaison drohe.

Nächste Schritte

Letzte Woche wurden die vorläufigen Resultate der serologischen Tests in Kroatien bekanntgegeben. Diese zeigen, dass die Prävalenz, beziehungsweise die Häufigkeit einer CoViD-19-Erkrankung in der kroatischen Bevölkerung unter zwei Prozent liegt. Diese niedrige Prozentzahl deutet darauf hin, dass noch keine kollektive Immunität ausgebildet wurde. In Zagreb werden gesondert serologische Tests an BaustatikerInnen durchgeführt, die nach dem großen Erdbeben am 22. März 2020 viele Gebäude in der ganzen Stadt inspizierten und dabei mit lokalen EinwohnerInnen zusammentrafen.

Die kroatische Regierung kündigte vor kurzem das dritte Maßnahmenpaket zur Unterstützung der Wirtschaft bei der Überwindung der Folgen der CoViD-19-Krise an. Von 1. Juni bis 31. August 2020 werden nur einzelne, besonders betroffene Wirtschaftsbereiche, wie die Gastwirtschaft, der Tourismussektor und die Eventindustrie, weiterhin Anspruch auf staatliche Zuschüsse für Gehälter haben. Als zusätzliche Maßnahme zur Rettung von Arbeitsplätzen sei außerdem eine Gesetzesnovelle über die Kurzarbeit geplant. Diesbezüglich gab die kroatische Regierung bekannt, sie werde von der Europäischen Kommission finanzielle Hilfe für den Erhalt von Arbeitsplätzen beantragen, die infolge der CoViD-19-Krise gefährdet sind. Dabei handelt es sich um eine vorübergehende Unterstützung der EU unter dem Namen SURE, die die Risiken der Arbeitslosigkeit im Fall einer Krise minimieren soll. Kroatien könnte im Gegenzug für eine Garantie von 95,7 Millionen Euro mindestens das Vierfache erhalten, erklärte der kroatische Finanzminister Zdravko Marić (parteilos). Mit den aus dem SURE-Instrument bezogenen Mitteln soll in Kroatien künftig ein Teil der Löhne im Rahmen der geplanten Kurzarbeitsregelung vom Staat gedeckt werden. Das Instrument werde bis Ende 2022 zur Verfügung stehen.

Öffnung für den Tourismus

Laut Angaben des Nationalen Zivilschutzstabes sei die Epidemie beendet, sobald es 14 Tage in Folge keine Neuerkrankungen gebe. Doch die kroatischen Medien berichten inoffiziell, dass dies, ungeachtet der Fallzahlen nicht so bald beschlossen wird. Grund dafür sei die bevorstehende Tourismussaison. In Kroatien gebe es schon länger keine lokale Virusübertragung mehr, es werde aber eine große Anzahl an TouristInnen erwartet. Da man nicht vorhersehen könne, wie sich das Virus verhalten werde, soll der Epidemie-Status weiterhin in Kraft bleiben. So könne der Nationale Zivilschutzstab weitere Sicherheitsmaßnahmen vorschlagen, falls das während der Sommersaison notwendig wird oder sich neue Brennpunkte bilden sollten. Eine offizielle Bestätigung dafür gibt es aber noch nicht. Der Nationale Zivilschutzstab werde Anweisungen für aus dem Ausland anreisende TouristInnen veröffentlichen, bei denen während des Aufenthalts in Kroatien Coronavirus-Symptome festgestellt werden.

Die inländischen Reisebeschränkungen wurden schon vor mehreren Wochen aufgehoben. Auch die Einreisebestimmungen nach Kroatien wurden gelockert. Es wurden Lockerungen für die Einreise aus zehn europäischen Staaten – Slowenien, Ungarn, Österreich, Tschechien, der Slowakei, Estland, Litauen, Lettland, Deutschland und Polen – eingeführt. Die BürgerInnen jener Staaten dürfen auch ohne besondere Begründung nach Kroatien reisen.

Für einreisende AusländerInnen wurde die Website "entercroatia.mup.hr" eingerichtet. Dort können sie ein Formular ausfüllen und damit ihre Ankunft in Kroatien ankündigen. Dadurch sollen die Wartezeiten an den Grenzübergängen verkürzt werden. Für jene Länder, deren BürgerInnen wieder nach Kroatien einreisen dürfen, gelten keine Quarantänemaßnahmen mehr. Sie bekommen nach dem Grenzübertritt eine Broschüre mit Anweisungen, wie sie sich im Falle von Symptomen verhalten sollen und an welche Stellen sie sich wenden müssen.

Aufgrund der bevorstehenden Wirtschaftskrise ist abzusehen, dass die meisten Kroatinnen und Kroaten Urlaub in ihrer Heimat machen werden. Das Land erhoffe sich viel mehr von der Anreise ausländischer TouristInnen im Laufe des Sommers. Über Sondervereinbarungen mit bestimmten Ländern wird nicht berichtet. Das kroatische Tourismusministerium gab bekannt, dass sich Anfang Juni 2020 33.000 TouristInnen in Kroatien aufhielten – dreimal mehr als im Vormonat. Davon kämen 21.000 aus dem Ausland, und zwar überwiegend aus Deutschland und Slowenien. Medienberichten zufolge sei die Zahl ausländischer TouristInnen bis heute auf 65.000 angestiegen. Der kroatische Tourismusminister Gari Cappelli (HDZ) verkündete, dass die Grenzen zu weiteren EU-Staaten am 15. Juni geöffnet werden könnten. Eine offizielle Entscheidung dazu stehe noch aus. Die Grenzen zu den Nicht-EU-Staaten könnten unter Umständen am 1. Juli geöffnet werden,

aber ausschließlich für jene Länder, die eine gute epidemiologische Lage aufweisen.

Der kroatische Innenminister Davor Božinović (HDZ) sagte in einem Fernsehinterview, Kroatien sei das einzige Land in Europa, in dem der Tourismus wieder funktioniere. Nur Kroatien würde aufgrund der Anreise ausländischer TouristInnen momentan Staus an den Grenzübergängen verzeichnen, und das sei positive Werbung für Kroatien, so Božinović.

Parteien

HDZ: Kroatische Demokratische Gemeinschaft (Mitte-rechts)

365RIS: Bandić Milan 365, Arbeits- und Solidaritätspartei (Mitte-links)

Quellen

Jutarnji list (Tageszeitung, 4. Juni 2020)

Vecernji.hr (Internetportal, www.vecernji.hr)

Lider.media (Internetportal, <https://lider.media>)

Mint.gov.hr (Website des kroatischen Tourismusministeriums, <https://mint.gov.hr>)